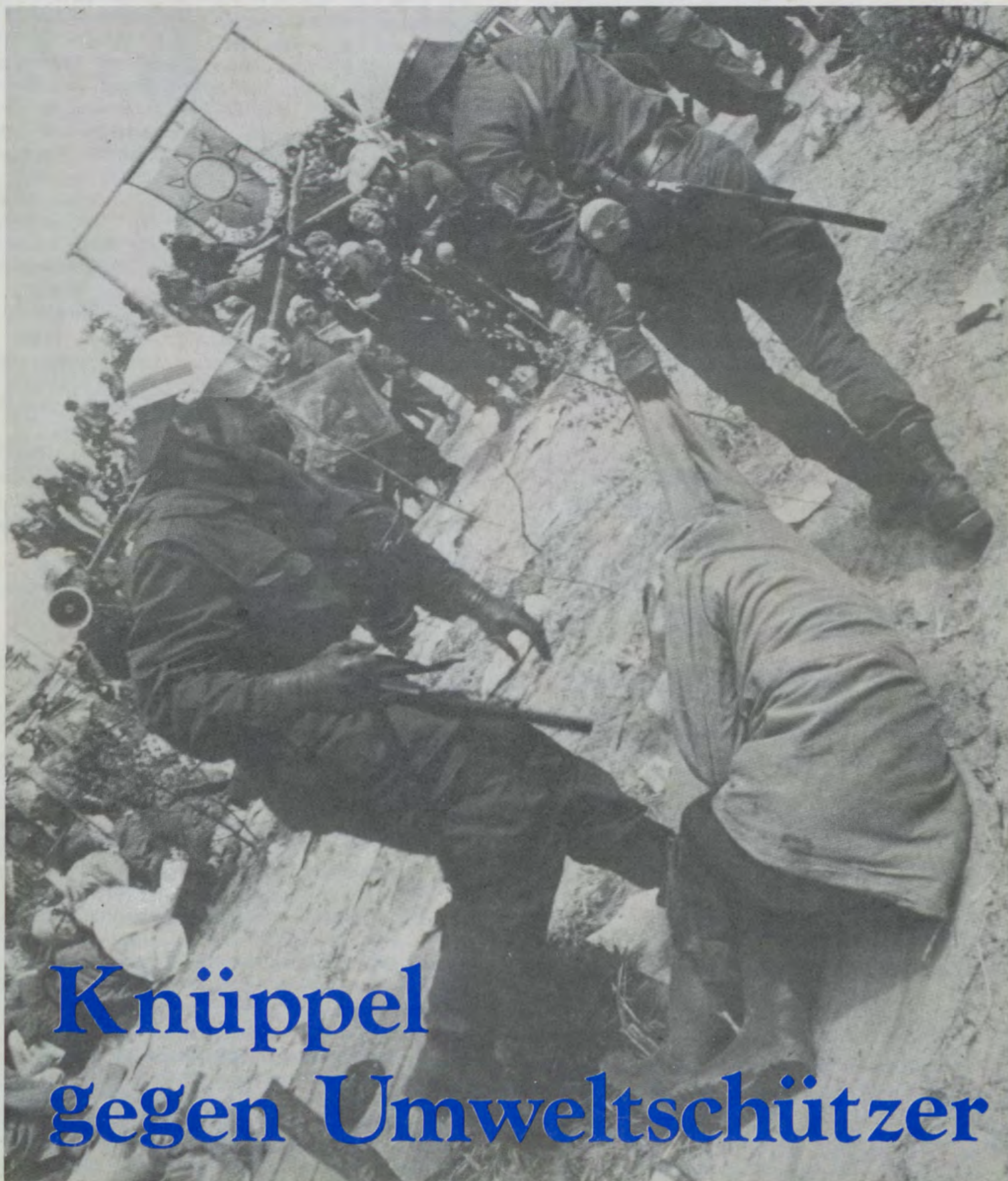
Nr. 6 1980/81 * DM 3,- * S 25,-

wir selbst

Zeitschrift für Nationale Identität



Knüppel gegen Umweltschützer

Hallo liebe Leserin und lieber Leser,

Seit dem Erscheinungsdatum unserer letzten Ausgabe hat sich einiges ereignet. Die „sozialliberale" Bundesregierung bleibt weiter im Amt, der konservativ-reaktionäre F.J. Strauß hat es nicht geschafft und die GRÜNEN sind weiterhin nicht im Bonner Parlament vertreten. In den USA wurde der rechte Reagan Präsident und die wirtschaftlichen Zukunftsaussichten werden pessimistisch eingeschätzt...

Die grüne und alternative Bewegung überlegt nach dem absehbaren Nichteinzug in den westdeutschen Bundestag wie es weiter gehen soll. Resignation wäre fehl am Platz, zumal die ökologischen Forderungen nach wie vor aktuell und brennend sind und die etablierten Parteien weiterhin die Interessen der antiökologisch orientierten Wirtschaftskonzerne vertreten werden. Trotzdem ist Selbstkritik angebracht und notwendig. Nicht rechtzeitig genug hat sich die grüne Partei von exotischen Sonderinteressen emanzipieren können und nach wie vor nur Teilbereiche des politischen Lebens angesprochen. So fehlen beispielsweise konkrete Aussagen zu dem Imperialismus der Supermächte, zur Frage der nationalen Einheit, zur Arbeiterselbstverwaltung, zur Rolle der GRÜNEN in der Ost-West-Auseinandersetzung und zur Frage der grundsätzlichen Haltung zur kapitalistischen Wirt schaftsordnung in der BRD gänzlich. Positive Ansätze sollen nicht unterschlagen werden, aber konkrete Alternativen sind schon notwendig um die GRÜNEN als grundsätzliche Alternative zu den Systemparteien zu präsentieren, um somit eine klare Anhängerschaft zu entwickeln. Kurz gesagt: Weg von der Protest- und Wechselwählerpartei, klare Abgrenzung zur Systempartei SPD und damit von der sogenannte "kleines Übel-Parteimentalität", politische Aussagen zur gesamten Bandbreite des politischen Lebens und Absteckung des politischen Rahmens.

Mitglieder der WIR SELBST- REDAKTION fuhren auf Einladung der VOLKSUNIEJONGEREN zum Kongreß „10 Jahre Volksuniejongeren" sowie zum Jahreskongeß der VUJO unter dem Motto „Lebende Selbstverwaltung", welcher sich mit dem Themenkomplex Basisdemokratie, Ökologie und Republik Flandern beschäftigte. Die VUJO sind die Jugendorganisation der Volksunie und zugleich progressiver Teil der Partei. Auf beiden Kongressen hatte auch ein Vertreter unserer Zeitschrift die Gelegenheit eine politisch programmatische Rede zu halten. Hierbei wurde insbesondere auf Paralellen im Diskussionsstand zwischen VUJO und westdeutschen Nationalrevolutionären hingewiesen. Ferner wurde der gemeinsame Kampf für ein Europa der Völker und Regionen hervorgehoben.

Mitte November trafen sich auf der Sababurg Vertreter verschiedener nationalrevolutionärer Organisationen anläßlich des diesjährigen „Solidaristenkongresses" des „Bund deutscher Solidaristen (BDS)". Neben der Diskussion über den weiteren Weg der politischen Partei DIE GRÜNEN, nahmen insbe-

sondere die Diskussionen über eine engere Zusammenarbeit verschiedener nationarevolutionärer Gruppen zu einer nationalrevolutionären Organisation einen breiten Raum ein. Beobachter schätzen, daß es vor allen wegen der unterschiedlichen Beurteilung in den Themenkomplexen Arbeiterselbstverwaltung und Basisdemokratie zunächst lediglich zu einer lockeren Zusammenarbeit kommen dürfte.

WIR SELBST wünscht allen Leserinnen und Lesern ein gutes und erfolgreiches NEUES JAHR und erhofft sich für die grüne und nationalrevolutionäre Bewegung ebenso ein wirkungsvolles Jahr 1981.

ALLES GUTE, EURE REDAKTION



IMPRESSUM

WIR SELBST-Zeitschrift für Nationale Identität erscheint zweimonatlich im Verlag WIR SELBST, nächstes Erscheinungsdatum: 15. Februar 1981
Einzelpreis: DM 3.00, S 25.00; Jahresabonnement: DM 21.00, S 400.00; Bankverbindung: Postscheckamt Ludwigshafen Kto.-Nr.: 153981-679 (Siegfried Bublies für Zeitschrift WIR SELBST), zur Zeit gilt Anzeigenpreisliste 1/80.
Redaktionsmitglieder: Siegfried Bublies (verantwortlicher Redakteur), Linus Torfhaus, Beate Neuberger, Klaus Linde, Walter Hohenstein, Roland Pauly, Sabine Narjes, Ralf Laubenheimer, Bernd Becker; feste Mitarbeiter: Gerhard Santura (Franken), Stefan Fadinger (Österreich).
Mitarbeiter dieser Ausgabe: Winfried Dolderer, Angelika Schmitz, Henning Eichberg
Verlagsanschrift: WIR SELBST, Postfach 168, 54oo Koblenz
Redaktionsanschrift: WIR SELBST, Schützenstr.44 — 5400 Koblenz 1

INHALTSÜBERSICHT



Franz Weber und die gerettete Landschaft





Protestversammlung im Sauerland: Öko-Aktivist Franz Weber vor der begeisterten Zuhörerschaft

Wir haben in der BRD das dichteste Autobahn netz der Welt. Aber nicht nur das, wir haben — abgesehen von einigen Kleinstaaten — auch das dichteste Straßenverkehrsnetz überhaupt. In der Bundesrepublik Deutschland sind über 4% der Fläche schon von Straßen bedeckt, das ist zweimal das Gebiet des Saarlandes. Zu diesen 6.250 qkm müssen weitere 14.000 qkm als "eingeschränktes nutzbares Umfeld" (z.B. Lärm) hinzugerechnet werden. Um die gleiche Transportleistung zu erbringen, benötigt der Straßenverkehr 15-30 mal soviel Fläche wie die Eisenbahn". Diese Tatsache stellt besorgt die Bürgeraktion Sauerland — Stopp A 46 e. V.— fest und fragt sich, ob auch noch das obere Ruhrtal, eine der schönsten Landschaften Deutschlands durch die Autobahn A 46 zerstört werden soll.

Überall in Westdeutschland wehren sich Bürgerinitiativen und Umweltschutzverbände gegen die zunehmende Zubetonierung unserer Heimat, gegen die Zerstörung von Tälern und Wäldern und Lebensgemeinschaften. In Franken kämpft die fränkische Bundschuhgenossenschaft gegen die geplante Daimler-Teststrecke, in der Eifel kämpfen GRÜNE und Umweltscützer gegen die geplante Eifelautobahn, überall wehren sich die Menschen gegen die schleichende Autobahngesellschaft. Die Macht der kapitalistischen Zerstörungsmechanismen stößt auf Widerstand.

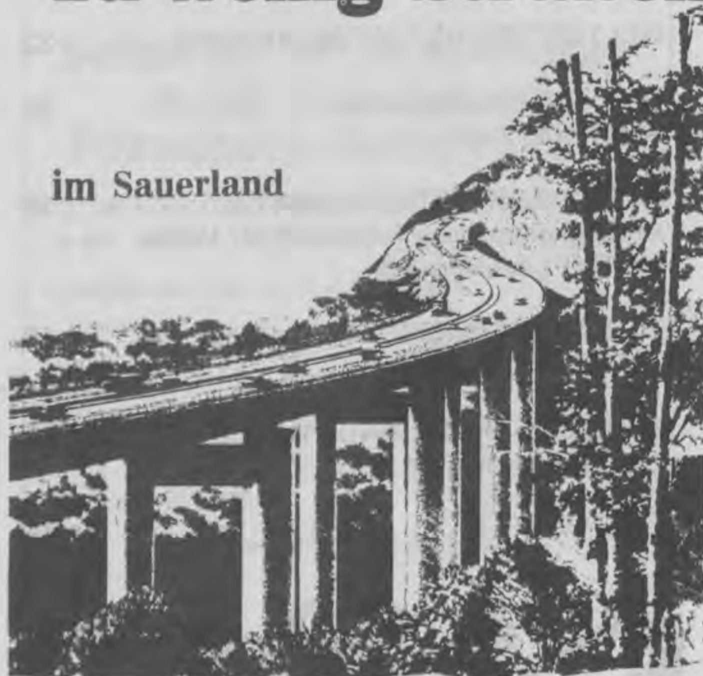
Die Bürgeraktion Sauerland hat zu einem Umwelttreffen und zu einem Fest gegen die geplante A 46 eingeladen. In einer Resolution zu dieser Veranstaltung heißt es: "Ohne Rücksicht auf die hier lebenden Menschen und ihre weitgehend intakte natürliche Umwelt will man in diesem wichtigen ökologischen Ausgleichsraum Betonpisten treiben, Monomente einer gedankenlosen und lebensfeindlichen Verkehrspolitik. Alle Argumente zur Rechtfertigung dieser Autobahn sind längst widerlegt, insbesondere wird sie weder eine spürbare Entlastung der Innenstädte vom Durchgangsverkehr mit sich bringen, noch zur Sicherung der Arbeitsplätze und zur Stärkung der Wirtschaftsstruktur im Sauerland beitragen. Die A 46 ist sinnlos und überflüssig. Es gibt keinen Grund, auf 63 km Länge die sauerländische Landschaft mit ihren großen Waldgebieten, landwirtschaftlichen Nutzflächen und lebenswichtigen Erholungs- Wir werden es nicht zulassen, daß der Lebensraum unzähliger Tiere und Pflanzen planiert und asphaltiert wird! — Wir kämpfen für die Menschen in den von Zerschneidung bedrohten Ortschaften, für die Lebensqualität in den von der A 46 betroffenen Wohngebieten! Deshalb fordern wir: Sofortiger Bau-Stop, sofortiger Planungs-Stop."

Die ca. 600 Personen umfassende Schützenhalle in Olpe/Meschede war dicht gefüllt, als der Schweizer Journalist und Umweltschützer Franz Weber das Rednerpult betrat. Franz Weber führt seit fünfzehn Jahren einen überaus engagierten Kampf für die Erhaltung der Natur, ob es nun um Bergtäler in der Schweiz, die Robben in Kanada oder den deutschen Schwarzwald geht, den eine Autobahn durchschneiden soll. Weber ist einem breiten Publikum bekannt geworden durch sein Buch "Die gerettete Landschaft", in dem er über seinen Kampf gegen gewissenlose Spekulanten, opportunistische Politiker und geldgierige Profitmacher berichtet, denen das ökologische Gleichgewicht unserer Erde nichts bedeutet. Franz Weber zeigt in seinem Buch, was der einzelne für die Rettung der Landschaft tun kann, wenn er nur einen Funken von Zivilcourage in sich verspurt. Der Widerstand jedes einzelnen sei erforderlich. Jemand der von seiner Sache absolut überzeugt sei, könne Berge versetzen.

Gebannt hören die Teilnehmer dieses Umweltschutztreffens Weber zu. In einer packenden, mitreißenden und aufrüttelnden Rede zeichnet er die Folgen der drohenden Betongesellschaft.

Leidenschaftlich ruft er das überwiegend jugendliche Publikum auf, für eine ökologische Zukunft zu kämpfen. Wörtlich sagt Weber: "Wir Abendländer zucken verständnislos die Achseln vor den Hindus, die ihre Weideflächen brachliegen lassen und neben ihren Heiligen Kühen Hungers sterben. Dabei beweisen wir doch absolut nicht mehr Menschenverstand, wenn wir unsere Autos fur heilig halten und unter ihren verehrten Rädern riesige Betonteppiche Auslegen, Teppiche, denen wir Städte und Dörfer, fruchtbares Land, Wälder, Flüsse und blühende Wiesen opfern — von den tausenden von Menschenleben ganz zu schweigen, die wir dem Götzen Auto als Blutopfer darbieten, einem Götzen, der — das muß ich Euch eindringlich vor Augen halten — eines nicht mehr so fernen Tages entthront sein wird. Denn wenn auch der Wagenpark unendlich vergrößert werden kann, so ist unser Grund und Boden doch nicht ausdehnbar. Es ist absurd, immer noch mehr Wiesen, immer noch mehr Wälder zu betonieren, immer noch mehrFlüsse zuzuschütten, um immer noch mehr Straßen zu schaffen, die den ' Verkehrsfluss' garantieren sollen. Das ist der Grund, weshalb der Götze Automobil über kurz oder lang von seinem Sockel fallen wird. Aus ökologischer Notwendigkeit".Und hierfür gelte es zu kämpfen, engagiert und unbeirrt. "Kämpft, kämpft" ruft Weber den Sauerländern zu, "Verhindert diese Autobahn".

Es gibt immer noch zu wenig Straßen



Webers leidenschaftliche Rede, die aus einer tiefen Überzeugung kommen muß, hat einen aufputschenden Eindruck hinterlassen, der notwendig ist mit aller Macht gegen die zerstörenden Mechanismen der kapitalistischen Gesellschaft zu kämpfen.



Bürgerinitiativen beginnen seit einigen Jahren — zumeist auf lokaler und regionaler Ebene — den Kampf gegen bürokratische Willkür und technotische Verplanung ihrer Heimat aufzunehmen. Sie haben erkannt, daß die etablierten Parteien unfähig sind, die Zukunft nach ökologischen Gesichtspunkten zu gestalten!

Der Kampf gegen den Straßenbau und fortwährende Landschaftszerstörung der herrschenden Klasse als "PRINZIP AUTOBAHN"' gegen den Fortschritts- und Wachstumsfetischismus der herrschenden Klasse als Ausdruck eines Menschen- und naturfeindlichen Kapitalismus beinhalten, wenn er nicht lediglich reformerisches Flickwerk darstellen will! Wer gegen Zerstörung und Ausbeutung der Natur kämpft muß auch Entfremdung und Ausbeutung des Menschen im kapitalistischen Produktionsprozeß sehen, darf vor den bürgerlichen Eigentumsbegriffen nicht kapitulieren, die diese erst hervorgebracht haben.

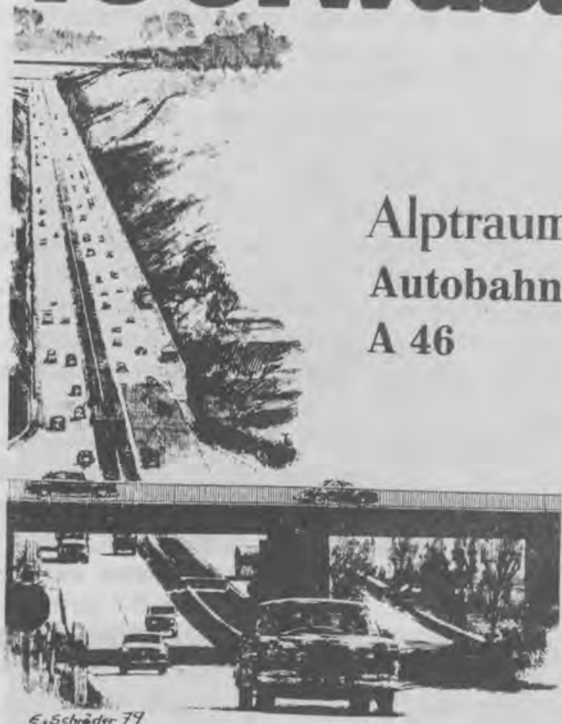


Grüner Jahrmarkt, Zeitschriftenstände, Blumenverkauf und Bücherkiste, Folklore und Umweltschutztheater rundeten dieses Umweltschutzfest ab. In Gesprächen mit Teilnehmern dieser Veranstaltung wurde deutlich, daß viele sich einer ganz anderen, ganz neuen und revolutionären politischen Alternativbewegung zugehörig fühlen. Die Absage an die etablierten Parteien wird immer totaler. Im vergangenen Bundestagswahlkampf waren die Themen, die die Menschen in der Schützenhalle von Olpe/Meschede berührten bei den etablierten Parteien kein Thema. Die etablierten Parteien sind fest mit der kapitalistischen Gesellschaftsordnung verbunden, daher ist von dort keine Hilfe zu erwarten. Alternative ist die eigene Aktion, der eigene Wille eben Alternativen anzubieten.

Die Veranstalter dieses Umweltfestes haben versucht neben einer mitreißenden Rede eines profilierten Ökologen, kulturelle Alternativen anzubieten. Volksmusik, Malerei, szenische Darstellung ökologischer Probleme durch eine Jugendtheatergruppe all dies sind wichtige Elemente in diesem zutiefst politischen Kampf, der Gesamtzusammenhänge aufweist. Gesamtzusammenhänge, über die sich heute so mancher Ökologe noch nicht im klaren ist. Die Notwendigkeit diese Gesamtzusammenhänge zu verdeutlichen hat sich ein junger Nationalrevolutionär zur Aufgabe gemacht:

„Das Auto beherrscht uns heute in allen Lebensbereichen. Es prägt und zerstört unsere Umwelt und die menschlichen Beziehungen untereinander, es vereinsamt uns total und macht uns abhängig, es gefährdet und tötet den Menschen täglich.

Tu etwas.



Was jahrzehntelang als Symbol der "Freiheit" – der bürgerlichen Scheinfreiheit des Individualismus, der fast unbegrenzten Mobilität galt – hat inzwischen durch ein stetig steigendes Bewußtsein weiter Kreise der Bevölkerung einiges von seinem Glanz verloren.

Zerstörte, von Betonpisten durchzogene Landschaften, kaputte Dörfer und unmenschliche Betonmetropolen, in denen der Mensch völlig ins Abseits gedrängt, dahinvegetiert und psychisch wie auch physisch verkümmert, werden von immer mehr Menschen mit der Überproduktion von noch mehr Autos und dem damit verbundenen Ausbau des Straßennetzes in Verbindung gebracht.

– Die fortschreitende Zerstörung unserer Landschaft, unseres Lebensraumes, ist eine Folgeerscheinung unserer Automobilgesellschaft!

Nur ein radikaler, ökologisch revolutionärer, alle Bereiche der natürlichen und sozialen Umwelt des Menschen umfassender Kampf wird die Befreiung und Selbstfindung des Menschen bedeuten!"

Walter Hohenstein

Stoppt den Wahnsinn!

Keine Startbahn West in Frankfurt

Zwei Meter hoher Maschendrahtzaun, dahinter mehrere rasierklingenscharfe Nato-Stacheldrahtrollen, Polizisten mit Gummiknüppeln bewaffnet, mit Schildern bewehrt, Bundesgrenzschutzhubschrauber halten den Luftraum unter Kontrolle, verfolgen mit Argusaugen jede Bewegung am Boden, „geschickt getarnt" halten sich für jedermann sichtbar Mannschaftstransportwagen der Bereitschaftspolizei im Hintergrund, die Einsatzreseve, mehrere Hundertschaften stark – nein, wir befinden uns nicht in Stuttgart-Stammheim, auch von einem bevorstehenden öffentlichen Bundeswehrgelöbnis ist weit und breit nichts zu bemerken. Die staatliche Machtklotzerei findet diesmal im Walde statt, denn um eben diesen geht es.

300-500 ha Mischwald, das sind mindestens 3 Millionen Bäume, sollen in der Nähe von Mörfelden-Walldorf Axt und Säge zum Opfer fallen, damit der Frankfurter Flughafen um eine zusätzliche Startbahn erweitert werden kann. Das größte zu-



Staatliche Machtklotzerei im Walde

sammenhängende Waldgebiet im Ballungsraum Rhein-Main, die wichtigste Frischluftschneise für die Stadt Frankfurt, ein Naherholungsgebiet für Hunderttausende soll zerstört werden, geopfert dieser fragwürdig neuen Gottheit, diesem immer gefräßiger werdenden lebens- und naturverschlingenden Monster „Technik und Fortschritt".

Aber der Widerstand von unten formiert sich, lebt, wird stärker. Die Herrschenden haben es nicht mehr mit willenlosen Untertanen zu tun, die die landesfürstlichen Befehle in strammgestandener Haltung gehorsamst und ohne Murren entgegennehmen. Die Verbrechen der Regierenden an unserer Umwelt und damit an uns und unseren Kindern haben das Bewußtsein vom „aufrechten Gang" erweckt.

Als am Dienstag, den 28.10.1980 zum Akkord gehetzte Waldarbeiter unter dem Schutz von mehreren Hundertschaften junger Polizisten 7 Hektar Wald zwischen Walldorf und Kelsterbach umsägten, konnte dies erst geschehen, nachdem die Mehrzahl von 3000 Bürgern, die den Wald die Nacht über besetzt gehalten haben im Morgengrauen wieder zur Arbeit mußten. 3000 Bürger, die mitten in der Nacht über Telefon mobilisiert werden konnten, 3000 Bürger, die sich ihrer Verantwortung bewußt wurden, 3000 Bürger, die nicht immer nur „Ja, Herr Lehrer" rufen, 3000 Bürger, die den Herrschenden Anschauungsunterricht in praktizierter Demokratie gaben. Daß die Gewaltmaschinerie der Landesregierung dennoch ungerührt am frühen Morgen des 28. Oktober im wahrsten Sinne des Wortes zuschlug, mit Gummiknüppeln zuschlug, ließ mit den fallenden Bäumen auch die letzte Illusionen über die Scheindemokratie dieses Staates zerbersten. Dem Aufruf der Bürgerinitiative gegen die Flughafenerweiterung zu einer Großkundgebung am 2.November folgen 15 000 Menschen. In einem riesigen Demonstrationszug geht es anschließend zu der von der Bürgerinitiative errichteten Hütte im Wald, wo man den dort seit Wochen Tag und Nacht ausharrenden Waldbesetzern Solidarität versichert. Neue Hütten werden gebaut, die Zahl derer, die den gewaltfreien Widerstand gegen die Allmacht des Staates selbst ausüben wollen wächst. Viele der Demonstranten haben kleine Bäumchen mitgebracht, die geplante symbolische Aufforstung des abgeholzten Waldgeländes kommt aber nicht zustande — Maschendrahtzaun, Nato-Stacheldraht und mit unbewegten Gesichtern dastehende Polizisten verwehren den Bürgern diese Demonstration der Menschlichkeit, die doch nichts anderes ausdrücken soll, als ein sichtbares Zeichen zu setzen für den Überlebenswillen der menschlichen Gattung.



Polizisten schützen Umweltverbrechen



Waldbesetzer: Treffpunkt Hütte

Die Argumente der Flughafen AG (FAG) für einen Ausbau des Frankfurter Flughafens halten keiner ernsthaften, sich nicht an nur-ökonomischen Gesichtspunkten orientierenden Prüfung stand. Und selbst die Wirtschaftlichkeit des Startbahn West-Projektes ist umstritten. Der Startbahnbau wird mit einer zu erwartenden Steigerung des Luftver-



Auch wenn sich die Staatsschnüffler noch so anstrengen ...



... trotzdem werden neue Hütten gebaut

kehrsaufkommens begründet. Vergleicht man aber die von der FAG prognostizierten Zahlen der Passagier- und Frachtbeförderung der vergangenen Jahre mit den tatsächlich erreichten, so fällt auf, daß auch nicht annähernd die Schätzzahl erreicht wurde. Schätzte man 1971 die Anzahl der Flugbewegungen für 1977 auf 345000, so waren es tatsächlich jedoch nur 216000. Diese unrealistischen Prognosen der FAG kommen zustande, weil sie die absehbare Verknappung auf dem Energiesektor nicht einkalkuliert. Die steigenden Treibstoffpreise verstärken zukünftig den Trend zum Großfluggerät, die Zahl der Flüge wird sich also senken. Außerdem ist die Sättigungsgrenze im Luftfracht – und Luftreiseverkehr schon heute in Sicht. Der Luftraum der BRD ist der am stärksten belastete in der Welt.

Daß in der profitorientierten kapitalistischen Gesellschaftsordnung unseres Staates die sozialen Folgelasten, die durch den Bau der Startbahn West verursacht werden ohnehin nicht in die Kalkulation des Unternehmens eingehen, versteht sich von selbst. Das Geschwafel von der sozialen Verantwortung der Herren Unternehmer, von der Selbstregulation der Marktkräfte innerhalb unserer ach so „sozialen" Marktwirtschaft führt sich selbst ad absurdum.

An welcher Stelle in diesem profitwirtschaftlichen System gehen die sozialen Folgelasten von Investitionen denn in die Kalkulation der Unternehmen mit ein? Überhaupt nicht! Wirtschaftswachstumsfetischisten kennen nur Einbahnstraßen in Richtung Produktivitätssteigerung. Jede gegenläufige Tendenz wird als Vergehen gegen die eigenmächtig aufgestellten Verhaltensvorschriften angesehen.

Verschwenden die Herren in der Chefetage der FAG auch nur einen Gedanken daran, daß durch die Zerstörung des Naherholungsgebietes südlich des Flughafens die durch Arbeitsstreß und Großstadtmief geplagte Bevölkerung in entferntere Gebiete ausweichen muß, um sich zu erholen, zu regenerieren, um neue Energien auftanken zu können, um wieder fit zu werden für die Maloche in der Knochenmühle der Profitgesellschaft? Wer von diesen Profitplanern denkt an die zusätzliche Lärmbelastung im Flughafenumland, die durch den Bau der Startbahn West auf die Bevölkerung zukommt? Bereits heute erreichen „Lärmereignisse" mitten in der Nacht mehr als 90 db (A) und überschreiten die Schadensgrenze bei weitem. 90 db (A) entsprechen Preßlufthammerlärm, ein Lärm, der gerade nachts gefährlich ist, weil er die Tiefschlafphase des Menschen unterbricht, ohne das es der Betroffene merkt. Schwere Schäden an Physis und Psyche sind die unausbleibliche Folge. Es ist kaum anzunehmen, daß einer der verantwortlichen Profithaie seine Villa in Mörfelden-Walldorf, Schneppenhausen, Braunshardt, Weiterstadt oder einer anderen lärmbelästigten Gemeinde gebaut hat.

Das Abholzen von 300 Hektar Wald bedeutet den Wegfall eines natürlichen Wasserspeichers und Luftfilters. Schon heute wird das Grundwasser durch das Zubetonieren ganzer Landstriche knapp, allerorten spricht man von der sog. Grundwassermisere – wie lange wird es dauern, bis aus der Grundwassermisere eine Grundwasserkatastrophe geworden ist? Wer die Funktion des Waldes als natürlicher Luftfilter und -befeuchter kennt, wer weiß, daß ein Liter Luft in Frankfurt 350 000 Staubteilchen enthält. in Mörfelden-Walldorf, im Windschatten des Waldgebietes, dagegen nur 5000 Staubteilchen je Liter Luft gemessen werden, der kann nur zu der Erkenntnis kommen, daß das Abholzen des Waldes ein Verbrechen im großen Stil ist, ein Verbrechen,

das sich gegen die Gesundheit und Lebenserwartung von Hunderttausenden richtet, ein Verbrechen begangen aus Habgier und Verantwortungslosigkeit gegenüber den Mitmenschen und unseren Kindern. Wie lange wird es noch dauern, bis die



Generelles Nachtflugverbot
von 22 bis 6 Uhr
Bürgerinitiative gegen die Flughafenerweiterung

Schreckensvision von künstlich beatmeten, Sauerstoffflaschen ständig mit sich herumtragenden Halb-Mensch-halb-Roboter-Wesen Wirklichkeit geworden ist? Sollen wir es zulassen, daß die letzten Wälder gerodet werden, Konsumzwang sich ins Monsterhafte vergrößert, daß wir unseren Nachkommen eine Erde hinterlassen, in der Wald, Bäume, Natur zu Museumsraritäten in einer kalten Betonwelt geworden sind? Nein und nochmals nein! Die deutschen Nationalrevolutionäre werden innerhalb der Ökologiebewegung gegen diese Entwicklung kämpfen. Unser Kampf ist in erster Linie ein bewußtseinrevolutionärer. Es gilt, den Zusammenhang von kapitalistischer Wirtschaftsweise, Ausbeutung vor Mensch und Natur und antidemokratischen Strukturen des Systems, die den Einzelnen kaum Möglichkeiten menschlicher Selbstverwirklichung und demokratischen Mitentscheidens lassen deutlich zu machen. Wer sich der Unterdrükkung bewußt wird, erkennt auch- Wo Unrecht zu Recht wird, wird Widerstand zur Bürgerpflicht!

Bernd Becker

URANABBAU IN OBERFRANKEN

Seit geraumer Zeit werden in der ganzen Bundesrepublik Uranlagerstätten gesucht (Prospektion) und genau erkundet (Explosation).

In einigen Gebieten plant die Esso Erz AG (Hamburg) sogar schon einen Abbau unter kommerziellen Gesichtspunkten, so z.B. in Großschloppen im Kreis Wunsiedel. Schon in den 50er Jahren wurde in einem Stollen am Rudolfstein bei Weißenstadt (Oberfranken) Uranerz abgebaut. Den Bergarbeitern verschwieg man damals aber, daß es sich um Uranerz handelt.

Strahlenschutzmaßnahmen gab es keine, da nach Auskunft der Maxhütte Edelmetallerzabbau (Wolfram etc.) betrieben würde. Die Ergebnisse ärztlicher Kontrolluntersuchungen wurden nie bekanntgegeben. Ende der 50er Jahre wurde der Abbau wieder eingestellt. Viele der Arbeiter sind heute bereits verstorben, andere krank und berufsunfähig (Lungenkrebs, Herzinfarkte, Knochenerweichung, frühes Altern).

Vor ca. 5 Jahren wurde die Suche nach Uranerz, von der Esso Erz GmbH (Nürnberg) wieder aufgenommen.

In aller Stille vollzog sich im ganzen Fichtelgebirge die Planung und Genehmigung des Uranabbaus, sodaß die Probebohrungen erst an die Öffentlichkeit gelangen, als sich ein Grundstückseigner aus Tröstau gegen die Bohrungen auf seinem Grundstück wehrte.

Trotz der Gefahren des Uranabbaus und der Abraumhalden (Anstieg des Lungenkrebsrisikos für die Bevölkerung und Bergarbeiter, Gefahr der Chromosomenbrüche, Mißbildungen, Früh- oder Todgeburten) wird der Uranbergbau von den zuständigen Behörden als vollkommen harmlos dargestellt. Aus diesem Grund konstituierte sich aus dem Arbeitskreis Atomenergie im Bund Naturschutz, sowie den Wunsiedler Grünen die eigenständige Arbeitsgruppe Uranabbau im Fichtelgebirge (Karl Roch, Wiesenmühle 21, 8592 Wunsiedel), deren Ziel es ist, die Bevölkerung über die Gefahren des Abbaus aufzuklären.

Zum bisher einzigen Zwischenfall kam es, als unbekannte Täter eine Versuchsbohrstelle im Landkreis Wunsiedel massiv beschädigten, in dem sie an einem Bohrgerät die Schläuche abschnitten und die elektrischen Leitungen abrissen.

Gerhard Santura

Interview mit Dr. Venohr

Wolfgang Venohr, Doktor der Philosophie, ist einer der profilierten Publizisten des nonkonformen Lagers. Zur Zeit baut Venohr für den Lübbe-Verlag Bergisch-Gladbach eine Filmgesellschaft auf. Venohr wurde einer breiten Öffentlichkeit durch die Fernsehreihe „Dokumente deutschen Daseins" bekannt. WIR SELBST sprach mit Dr. Venohr nach den Bundestagswahlen im westdeutschen Teilstaat.



Wolfgang Venohr

Wir Selbst: Herr Venohr, Ihre Fernsehsendung „Dokumente deutschen Daseins" hat unserer Erfahrung nach einiges Nachdenken bei vielen jungen Deutschen ausgelöst, die Deutschland nur als geteiltes Volk erlebt haben. Steckt hinter der Fernsehsendung das Motiv insbesondere die Verbindung der Jugend mit der Geschichte des eigenen Volkes wiederherzustellen?

Wolfgang Venohr: Ja. Ich versuche, über die Bildung eines neuen Geschichtsbewußtseins zur Schaffung eines neuen Nationalbewußtseins beizutragen.

Ein solches Bewußtsein ist die unabdingbare Voraussetzung für die Wiedervereinigung bzw. Neuvereinigung Deutschlands.

Die Wiederherstellung der nationalen Einheit Deutschlands aber ist die einzige echte und langdauernde Friedensgarantie für unser Volk und für Europa.

Man kann folgende politische Gleichung aufstellen:
WIEDERVEREINIGUNG = GESICHERTER FRIEDE
DEUTSCHE SPALTUNG = LATENTE KRIEGSGEFAHR.

Wir Selbst: In einem Ihrer Bücher sprechen Sie vom Sinn der Geschichte, was können wir jungen Deutschen aus der Geschichte lernen?

Wolfgang Venohr: Der Sinn der Deutschen Nationalgeschichte besteht seit 500 Jahren (Reichsreformversuche) im zähen, unermüdlichen KAMPF UM DIE DEUTSCHE EINHEIT.

Das ist nun einmal unser Schicksal; hervorgerufen durch unsere komplizierte Mittellage in Europa. Wir müssen diesen Kampf, in dem die Besten der Nation gefallen sind, weiterführen: unbeirrt. Europa wird eines Tages erkennen, daß die Wiedervereinigung Deutschlands zugleich die Befreiung Europas ist.

Wir Selbst: Deutschland ist ein gespaltenes und besetztes Land, welche Perspektiven müssen ihrer Meinung nach entwickelt werden auf dem Weg zu einer Neuschaffung Deutschlands?

Wolfgang Venohr: Die Perspektive heißt: KONFÖRDERATION DEUTSCHLAND, also die baldige Schaffung eines Staatenbundes zwischen BRD und DDR.
Nach dem Wahlsieg von Schmidt/Genscher könnte das nun ohne weiteres bis 1984 zustande gebracht werden. Nichts stände dem völkerrechtlich im Wege („Selbstbestimmungsrecht"). Es bedarf nur eines massiven Drucks „von unten" auf die beiden einfallslosen deutschen Teilregierungen in Bonn und Ostberlin!
Nach Schaffung der „Konföderation Deutschland" (mit paritätisch besetzter gesamtdeutscher Nationalversammlung im „exterritorialen" Reichstag zu Berlin) kann umgehend der gleichmäßige Abzug aller fremden Truppen vom deutschen Boden beginnen. Und wenn er 20 Jahre dauern sollte: dem drohenden „Stellvertreterkrieg" in Mitteleuropa wäre militärisch-politisch die Basis entzogen!

Nach Abzug des letzten ausländischen Soldaten würden die beiden deutschen Konföderations-Staa-

ten gleichzeitig die imperialistischen Militärbündnisse (NATO und Warschauer Pakt) verlassen und – im Zuge der staatlichen Vereinigung – die NEUTRALITÄT für Gesamtdeutschland proklamieren.

Wir Selbst: Welche Motivation bewegt Sie, wenn Sie von der revolutionären Sache des deutschen Volkes sprechen, mehr als die Lösung der nationalen Frage, also auch Lösung der sozialen Frage im Sinne eines geeinten sozialistischen Deutschlands?

Wolfgang Venohr: Die soziale Frage kann wahrhaft demokratisch erst nach Herstellung einer „Konföderation Deutschland" gelöst werden. In den beiden jetzigen Teilstaaten, die nicht wirklich unabhängig sind, vielmehr unter dem massiven Einfluß fremder Mächte, Multis, Imperialismen etc. stehen, kann es keine autonome Lösung sozialer und gesellschaftlicher Grundfragen geben. Soziale Freiheit in einem national manipulierten Land ist und bleibt Chimäre.

Wir Selbst: In Ihrer historischen Betrachtung der deutschen Geschichte, die in Ihren zahlreichen Veröffentlichungen zum Ausdruck kommt, zeigt sich, daß sie einer der wenigen Geschichtsforscher und Journalisten sind, die sich eindeutig und unmißverständlich zu den positiven Traditionen deutscher Geschichte bekennen, gleichzeitig aber unmißständlich auf der Seite der Geschundenen und Unterdrückten stehen. Ein revolutionärer Deutscher und Antifaschist, eine neue Dimension....?

Wolfgang Venohr: Befreiungsnationalismus und Antifaschismus können und dürfen kein Gegensatz sein.
Der deutsche Befreiungsnationalismus ist eine Idee von 1525, von Hutten und Gaismair, sowie von 1813, von Fichte und Gneisenau (nicht zu vergessen Clausewitz!). Der patriotische Antifaschismus ist eine Sache der Niekisch und Stauffenberg, die beide glühende Befreiungsnationalisten waren.

Wir Selbst: Nonkonforme und nationalrevolutionäre Kreise entfalten eine Reihe von Aktivitäten zu anstehenden politischen Themen. Selbstverständlich gehört die nationale Frage dazu. Welche Aktivitäten sind Ihrer Meinung nach in Bezug auf die nationale Frage erforderlich?

Man muß den Nationalstolz der Deutschen neu beleben. Man muß die Kapitulationsurkunde in Sachen deutscher Geschichte zerreißen!
Der lange Marsch durch das Bewußtsein des deutschen Volkes muß ein nationalrevolutionärer sein.

Wir Selbst: Die grüne und alternative Bewegung in Deutschland befindet sich in einem Umdenkungsprozeß. Warum hat Ihrer Meinung nach die sog. „Linke" in Deutschland, abgesehen von einigen maoistischen Gruppen die Problematik der eigenen Identität und der Sprengkraft der Verbindung von Natioanlismus und Sozialismus noch nicht erkannt. Darf man die nationale Frage einer westorientierten (Nato etc.) reaktionären Rechten überlassen?

Wolfgang Venohr: Abgesehen von Deutschland gibt es in keinem Land der Welt einen fundamentalen Gegensatz von „links" und „national". Im Gegenteil: beides ist progressiv, und beides ist meist miteinander identisch (siehe die entsprechenden philosophischen Ausführungen von Frantz Fanon für die Dritte Welt)

Ohne Wiedergewinnung der NATIONALEN IDENTITÄT reduziert sich das deutsche politische Potential praktisch auf Null. Die west-östlichen Medizinmänner, die uns listig einreden wollen, wir sollten uns von der „Last der Geschichte" befreien und unser Nationalbewußtsein über Bord werfen, agieren im Auftrag fremder imperialistischer Mächte.
Friedrich Engels hat dazu gesagt: „Wenn eine Siegermacht die Besiegten auffordert, ihre Nationalität zu vergessen, so handelt sie damit nicht internationalistisch, sondern will nur ihre eigene Herrschaft verewigen."

Wir Selbst: Sie haben mit Ihren Publikationen und Fernsehsendungen in Deutschland etliche Denkanstöße gegeben, macht man sich damit nicht in einem Staat, welcher der Westintegration verschworen ist böse Feinde?

Wolfgang Venohr: Wer sich in Deutschland leidenschaftlich für die Nation einsetzt, macht sich natürlich auch Feinde, die einen gern als „rechts" abstempeln würden. Sie haben aber nicht – wie ich – einen persönlichen antifaschistischen Widerstand aus der NS-Zeit vorzuweisen. Das erschwert ihnen das Handwerk ein bißchen.

Wir Selbst: Auch in West- und Osteuropa ringen die Völker, ebenso wie in der Dritten und Vierten Welt um ihre Selbstbestimmung und Nationale Identität, wie beispielsweise Kelten, Basken, Esten, Indianer usw. Glauben Sie an ein weltweites Ringen der Völker gegen zentralistische Strukturen und Imperialismen. Ist Solidarität notwendig?

Wolfgang Venohr: Solidarität mit anderen nationalrevolutionären Bewegungen ist gut und selbstverständlich. Sie darf aber nicht zum Alibi-Ersatz für die eigene schwierige Sache werden. Denn: Nichts geht in Europa, solange Deutschland geteilt und besetzt ist! Der Antiimperialismus wird erst auf breiter Front siegen, wenn die deutsche Nation

befreit und vereinigt - und damit handlungsfähig ist.

Wir Selbst: Herr Venohr, Sie sind Journalist und waren bis vor kurzem Chef des STERN-TV. Welcher Aufgabe werden Sie sich künftig widmen?

Wolfgang Venohr: Als Preuße tue ich auch weiterhin meine Pflicht.

Ein Grüner, ein Aufrührer, ein Nationalrevolutionär

Turnvater Jahn und seine radikalen Turner

von Henning Eichberg

„Das lange Haar ..... hing ungekämmt auf die Schultern hernieder; der Hals war entblößt - denn das knechtische Halstuch ziemte dem freien Deutschen so wenig wie die weichliche Weste; ein breiter Hemdkragen überdeckte den niedrigen Stehkragen des schmutzigen Rockes. Und diesen fragwürdigen Anzug pries er wohlgefällig als die wahre altdeutsche Tracht."

So charakterisierte Heinrich von Treitschke, koniglich-preußischer Hofhistroriker, den „Turnvater" Friedrich Ludwig Jahn. Für ihn war Jahn „ein lärmender Barbar", der eine junge Generation „zu akademischer Roheit" und „jakobinischer Undulasamkeit" verführte. Der Volksmann Jahn und seine radikalen Turner, die „langhaarigen Rüpel von der Hasenheide", paßten so nicht ins Geschichtsbild des bismarckisch-wilhelminischen Obrigkeitsstaates. Auch im Selbstverständnis des Bonner Staats fanden sie keinen Platzl Aus gutem Grund?



Friedrich Ludwig Jahn

Friedrich Ludwig Jahn wurde 1778, vor zweihundertzwei Jahren, in einem Dorf an der Priegnitz als Sohn eines Pfarrers geboren. Nach dem Willen des Vaters sollte er ebenfalls Pfarrer werden, aber das war für den Sohn nicht das Geeignete. Schon das Gymnasium in Salzwedel mußte er nach drei Jahren wegen seiner Raufereien verlassen. Auch am Berliner Gymnasium zum Grauen Kloster hielt es ihn nicht lange; er täuschte einen Selbstmord im Fluß vor und entschwand.

An der Universität Halle nahm er das Studium der Theologie auf. Er machte sich aber prinzipiell keine Aufzeichnungen über die gehörten Vorlesungen. Ein Theologe wurde er jedenfalls nicht. Statt dessen stürzte er sich in den Kampf gegen die Studentenverbindungen, die Landsmannschaften und Kränzchen, in denen ältere Studenten über jüngere herrschten und sich gegenseitig befehdeten. Die Schlägereien, die sich so ergaben, waren ihm aber nicht nur ein notwendiges Ärgernis, sondern ein Vergnügen. Wenn er daneben noch zum Studium kam, dann kümmerte er sich weniger um die Theologie als vielmehr um die deutsche Geschichte; die deutsche Sprache und Literatur. Das wurden seine eigentlichen Interessengebiete. Zu einem akademischen Abschluß aber kam er nie, weder in Halle noch an den neun anderen Universitäten, die er danach — bisweilen nur wenige Monate lang — besuchte. Wanderungen von Hochschule zu Hochschule durch die bäuerliche Landschaft, dann wieder Prügeleien, Geldnöte, Diskussionen mit dem Knotenstock. Wiederholt verwies man ihn offiziell

von der jeweiligen Universität, besonders feierlich in Greifwald, wo er unter falschem Namen eingetragen war und eine anstößige Rede gehalten hatte. Ohne Abschluß, ohne Gönner war er nach siebenjährigem Studium akademisch gescheitert.

Wie Jahn dann endlich seine Szene fand

In Mecklenburg gelang es ihm 1803, als Hauslehrer unterzukommen. Hier begann er allmählich, das zu entfalten, was ihm später zum Lebensinhalt wurde. Er schrieb einerseits an einer sprachwissenschaftlichen Arbeit, die zwar nicht dem Standard universitärer Gelehrsamkeit entsprach, aber dafür sein wachsendes nationalpolitisches Engagement verriet. Und andererseits begann er, die Raufereien der Jugendlichen am Ort (und seine eigenen Schlägereien nicht zu vergessen) zu kultivieren und planmäßiger zu entwickeln. Mit zwanzig, dreißig Jungen, die sich ihm freiwillig anschlossen, zog er jeden Abend ins Freie, um mit ihnen Laufen und Springen, Klettern, Ringen und Schwimmen zu üben oder wilde Räuber- und Kriegsspiele zu inszenieren.

1805 trieb es ihn schon wieder fort. Mit der erhofften Habilitation in Göttingen wurde es nichts. Wieder wanderte er umher. Dabei wurde er, in Jena 1806, Augenzeuge des Zusammenbruchs und Rückzugs preußischer Truppen nach der Schlacht gegen Napoleons Armee. Dieser Eindruck war für ihn wie ein Schock. Die Notwendigkeit nationaler Befreiung wurde jetzt sein Denkinhalt. Aber tun konnte er nichts. Ohne Ziel zog er zunächst mit den Heeresresten einige Stücke Wegs, dann noch drei Jahre unstet im Lande hin und her. 1809 kam er nach Berlin und sollte eine Oberlehrerstelle erhalten, aber das Prüfungsergebnis fiel so miserabel aus, daß das Ministerium die Zusage zurückzog. Wieder gescheitert.

Aber in Berlin fand Friedrich Ludwig Jahn endlich die Szene, in der er seinen alternativen, grobianischen und unsteten Lebensstil produktiv umsetzen konnte. Unter dem Druck der napoleonischen Besatzung wuchs der nationale Widerstand im Land, besonders bei den Unterschichten. Es bildeten sich geheime und halblegale Zirkel, die für die nationale Volkserhebung arbeiteten. Jahn wurde Mitglied des „Deutschen Bundes". Obwohl dieser von gutbürgerlichen Kreisen der Intelligenz, von Beamten und Offizieren getragen wurde, zielte er doch gerade auf eine Aktivierung breiter Volksschichten, die ja nicht einfach eine Wiederherstellung des Status quo ante im Sinne hatten. Pläne wurden geschmiedet, eine allgemeine Volkserhebung vorzubereiten. Daß der Hof und der reaktionäre Adel davor mehr Angst hatten als vor den napoleonischen Besatzern, bereitete den Boden für Gereiztheit und Widerstand auch gegen die Herrschenden im eigenen Land. Zumal die Idee der deutschen Einheit sich nun verbreitete, die nur gegen die Interessen der zahlreichen Fürsten und Höfe in Deutschland durchzusetzen war. Die nationale Frage, das Streben nach nationaler Befreiung und Selbstbestimmung des Volkes, richtete sich tendenziell gegen die bestehende Gesellschaftsordnung.

Hinzu kamen Initiativen an den Universitäten. Voraussetzung für eine Aktivierung der Studenten war, daß diese das reaktionäre Kränzchenwesen — eine Abbildung der feudalen Fehde- und Klientelstrukturen — aufgaben, sich zu einer politischen, aktivistischen „deutschen Burschenschaft" zusammenschlossen und ein neues, alternatives Verhalten entwickelten. Die Burschenschaftsgründung geschah zuerst in Jena 1815.

Jahn selbst sah seine Aufgabe darin, breiten Kreisen der Jugend — von den Studenten bis zu den Kindern der Waisenhäuser — ein alternatives Betätigungsfeld zu schaffen. 1811 gründete er auf der Hasenheide vor den Toren Berlins einen ersten Turnplatz, auf dem die Jugendlichen in freier, selbstbestimmter Weise toben und üben konnten. Bald entstanden Turnplätze und Turngemeinden im ganzen Land. 1819 zählte man in Preußen hundert Plätze mit sechstausend Turnern, in Deutschland insgesamt hundertfünfzig Plätze mit zwölftausend Turnern.

Nach zahlreichen früheren Ansätzen von Insurrektionen kam es schließlich 1813 zur allgemeinen Volkserhebung gegen die napoleonische Herrschaft. Jetzt mußte sogar der preußische König mit seinem Aufruf „An mein Volk" hinternach traben. Freiwillige Jägerbataillone von neuer, militärisch revolutionärer Struktur entstand, und die Landwehr des Volkes wurde aufgestellt. Jahn ging als Offizier zum Lützowschen Freikorps, wo man seine Vorgesetzten selbst wählte. Aber er erwies sich als ungeeignet für die hier geforderte militärische Disziplin. Darum schied er wieder aus und reiste als Agitator für die Volkserhebung durch Deutschland. Denn wenn er auch für den militärischen Apparat nicht paßte — den bewaffneten Volkskampf wollte er, und er warb dafür mit Erfolg.

Nach dem Krieg fand Jahn die Anerkennung, die er lange vermißt hatte. Er erhielt ein dauerndes Jahresgehalt, den Ehrendoktor zweier Universitäten, konnte nun endlich heiraten und hatte die Möglichkeit, das Turnen weiter auszubauen. 1816 erschien sein Buch „Deutsche Turnkunst".

Aber die Veränderung, für die Friedrich Ludwig Jahn und die Jugendlichen seines Umkreises sich eingesetzt hatten, war noch nicht geschehen. Das einige, selbstbestimmte Deutschland gab es jetzt so wenig wie vorher. Die Herrschaft der Höfe, der Dynasten und des Adels war geblieben. „Den Bösen sind wir los, die Bösen sind geblieben." Das

Volk war gut genug gewesen, die fremden Truppen zu vertreiben, aber zur Selbstbestimmung und Volksherrschaft, wollte man es nicht kommen lassen. Der Unmut der Betrogenen wuchs. Und Jahn lieferte ihnen Stichworte.

Schon mit seinem Buch „Deutsches Volkstum" (1810) hatte er nicht nur reformistische Ideen verbreitet, sondern — viel wichtiger — eine Wortneuprägung, die sich als potentiell umstürzlerisch erwies. „Volkstum", „volkstümlicher Staat", „volkstümliches Heer" und eine volkstümliche Kultur — das war eben etwas ganz anderes, als man im Preußen von 1813, 14, 15... erfahren konnte. „Volkstum", das hieß: das Volk an die erste Stelle setzen, nicht den Staat. Das war damals (nicht nur damals) rvolutionär.

Wie sich zeigte, daß die nationale Frage revolutionär war

Radikalere Kreise unter den Turnern und Burschenschaftern drängten weiter. Die „Schwarzen" oder „Unbedingten" der Burschenschaft, um die Brüder Karl und Adolf Ludwig Follen, sangen: „An Rang und Stand sind alle gleich... Schwerter geschwungen! Die Freiheit errungen... Volksblut, Freiheitsblut, du wirst gerochen... Fort Zwingherrn-, Adel- und Pfaffenbrut... Es erwacht in blutflammender Morgenwonne die Volkesmacht... Wir schwören Haß und wilde Rach dem feilen Fürstenknecht..."

Sie sangen dies nicht nur. Sie begannen — mit dem „Frag- und Antwortbüchlein über allerlei, was dem deutschen Bürger- und Bauersmann nottut" — eine Agitation im volkstümlichen Ton unter den Unterschichten. Sie bereiteten Attentate auf Vertreter des herrschenden Systems vor, auf den russischen Zaren anläßlich seines Besuchs in Deutschland, schließlich auf den Schriftsteller Kotzebue.

Jahn unterstützte das nicht direkt. Aber seine Briefe und seine Kraftsprüche auf dem Turnplatz taten das Ihre. Die Junker stellte er mit „Gaunern und Gauklern" auf eine Stufe: die Bürger können durch den Reichtum verdorben werden; „der Bauer ist am besten gesinnt". Oder über die Revolution: „Kann denn, ehe denn ein Land die Wehen kriegt, ein Volk geboren werden?„ oder: „Wort gegen Wort, Feder gegen Feder, Hand gegen Hand," Oder auch: „Kein Volk hat Verfassung auf trockenem Wege erlangt, auch nicht auf dem nassen der Dinte."

Aber — vielleicht wichtiger noch als die politische Agitation: Jahn und die nationalrevolutionären Turner und Burschenstudenten entwickelten einen neuen, einen alternativen Lebensstil. Das ganze Leben sollte es sein, das zu verändern war. Darum zogen sie hinaus in die grüne Natur, um zu wandern, um die Wette zu laufen und zu springen, mit Keulen zu fechten oder an dem neu erfundenen Barren zu turnen (und auf dem Rückweg in die Stadt mit Gesang in den Straßen zu demonstrieren).



Wiener Kongreß: Die Welt der Fürsten war nicht die Welt von Turnvater Jahn



Wartburgfest: Deutsche Studenten gegen reaktionäres Schrifttum

Weit entfernt vom Schulturnen späterer Jahre, wurde hier ein freies Turnen ohne, ja gegen die Schule entwickelt, eine Art praktizierter Antipädagogik: „Anbilden läßt sich dem Menschen einmal nichts. Solche Versuche sind wie das Beklecksen der hölzernen Häuser, um sie äußerlich zu vermarmorn. Kein Aufputz von Dauer, nur eine vergängliche Schminke. Was der Mensch an Bildung gewinnen soll, kann ihm nur eigene Selbsttätigkeit erwerben."

Auch feierten sie Freiheitsfeste (wie auf der Wartburg) mit Höhenfeuern (in denen Bücher und Symbole der Reaktion verbrannt wurden). Sie ließen den Freiheitsbaum der Französischen Revolution in Gestalt der „deutschen Eiche" wiedererstehen und die Trikolore in Gestalt der deutschen Nationalfahne.

Schwarzrotgold. Auch ließen sie sich die Haare zu demonstrativen Mähnen wachsen und trugen die schwarze „altdeutsche Tracht", die die Bürger erschreckte, weil sich da – überall auf den Straßen – ein „unterhöhlter Boden fanatischer Jugend" auftat. Statt höfischer Zierlichkeit bevorzugten sie den von Jahn geprägten rabiaten bäurischen Umgangston. Sie sprachen einander mit dem brüderlichen Du an und praktizierten untereinander die soziale Gleichheit des neuen revolutionären Zeitalters: „Wir wissen nichts von arm und reich, von Titel, Rang und Stand. Turnbrüder sind sich alle gleich, ihr Gut heißt Vaterland."

Solidarisches Handeln nach innen, aggressives Liedgut gegen die Junker und „Philister" nach außen – so bildete sich eine jugendliche Subkultur heraus, die den Herrschenden Sorgen machte. Denn das Volk – dies zeigte sich nach dem Mord des Studenten Sand an Kotzebue – war voller Sympathisanten.

So begann schon frühzeitig die Kritik reaktionärer Schriftsteller am Turnen. „Fürs erste muß das Turnen wieder aus der Welt; dies sehe ich wie eine Art von Eiterbeule an, die geradezu weggeschafft werden muß, ehe man zur gründlichen Kur schreitet", schrieb 1818 der Metternich-Vertraute Friedrich Gentz. Auch bisher Wohlwollende aus der staatlichen Bürokratie nahmen jetzt behutsam Abstand von den „Umtriebenen".

Dann, im März 1819, sperrte preußische Polizei den Turnplatz auf der Hasenheide. Nach dem Attentat von Sand und den Karlsbader Beschlüssen folgte das allgemeine Turnverbot als Teil der Demagogenverfolgung.

Wie das Metternich-System zuschlug

Jetzt wurde auch Jahn festgenommen und in die Festung Spandau eingeliefert. Es folgten Jahre der

Haft, der Prozesse, der Isolierung, des Berufsverbots, der polizeilichen Überwachung. Während Jahns Haft starben seine Frau und zwei Kinder. Persönlich schwer getroffen, wenngleich noch immer aufmüpfig, mußte er in einem abgeschiedenen Städtchen leben, wo ihm jeder Kontakt zur studentischen Szene verboten und unterbunden war. Er schrieb noch einige historische Schriften, aber der Elan war geschwunden. Der Mangel an Kontakt zu seiner Turn- und Studentenbewegung führte dazu, daß er auch politisch den Anschluß verlor.

Als in den vierziger Jahren das Metternich-System sich lockerte und die Turner wieder Auftrieb bekamen, war Jahn konservativ geworden, verstellte ihm seine Fremdenfeindlichkeit (Juden- und Franzosenhaß) den Blick, erschienen ihm die Demokraten und Republikaner, die er einst in der nationalrevolutionären Burschenschaft gefördert hatte, als „Rote" zu radikal, hatte er den gesellschaftlichen Hauptwiderspruch aus dem Griff verloren. 1848, in der Revolution, wählte man ihn ins Frankfurter Paulskirchenparlament, aber dort stand er nur mehr unglücklich herum, empfand sich selbst als fremd in einer Zeit, die er nicht mehr verstand. 1852 starb er ziemlich unbeachtet.

So waren es insgesamt nur neun von vierundsiebzig Jahren in denen Jahn sich entfalten konnte: als aufrührerischer (Anti-) Pädagoge und Volksmann, als Agitator der Nationalbewegung, der Studentenbewegung und der gesellschaftlichen Veränderung von unten her. Vorher hatte er – unangepaßt – ein Jahrzehnt nur vergammelt. Von 1810 bis 1819 aber war er mit dem politischen Hauptwiderspruch auf den Begriff gekommen: Volk und „Volkstum" standen gegen die Herrschaft der (napoleonischen) Supermacht und gegen deren Kollaborateure, gegen die Höfe, Dynasten- und Adelsherrschaft in Deutschland. Die Sache des Volkes stand also gegen den Untertanenstaat. Und es war nicht nur der revolutionäre Volksbegriff: die gesellschaftliche Praxis der Turn- und Studentenbewegung brachte ein neues Element von Selbstbefreiung und Solidarität. Von 1819 an aber, durch zwanzigjährige Verfolgung, schalteten die herrschenden Mächte den Rebellen aus und zwangen sein Leben in die Tatenlosigkeit.

Worin das Radikale der Jahnschen Praxis lag.

Friedrich Ludwig Jahn stand nicht allein in seiner Zeit mit dem, was er begründete und auf den Weg brachte. Seine Leibesübungen fußten auf dem, was vor ihm die pilanthropischen Pädagogen und insbesondere GutsMuths erdacht und ausprobiert hatten. Zur gleichen Zeit entwickelten in Dänemark und Schweden Nachtegall und Ling, in der Schweiz Clias und in Frankreich Amoros vergleichbare Übungen, und der englische Sport nahm allmählich seine moderne Form an. Als Theoretiker des Volkstums stand Jahn in der Reihe von Herder zu Mazzini, als nationaler, Agitator in einer Reihe mit Fichte und Arndt, als Entdecker und Verklärer nationaler Geschichte auf der Linie von Klopstock zu den Brüdern Grimm. Als Gesellschafts- und Kulturkritiker setzte er um, was Rousseau und die revolutionäre Romantik (als Fortsetzung der Aufklärung, nicht als ihr Gegenteil) entworfen hatten, das grüne „Zurück zur Natur". Seine Reformvorschläge standen in einem Zusammenhang mit den „preußischen Reformern", mit Stein und Hardenberg, Gneisenau und Scharnhorst, aber auch mit den Natioalerziehungs- und Massenmobilisierungspraktiken der französischen Revolutionäre. Die Jugend- und Studentenbewegung, einst schon im Göttinger Hain präformiert, kam durch Jahns Freund Friesen und durch die Unterstützung von Professoren wie Fries, Kieser, Luden und Oken in Gang. Immer wieder gerieten auch solche Elemente im Denken Jahns in einen Widerspruch oder blieben unklar, dem sprunghaften und spontanen Charakter des Mannes entsprechend.

Aber in einem repräsentierte er den revolutionären Umbruch seiner Zeit doch besonders und unterschied er sich von anderen – schärferen und klareren Denkern: Er entwickelte eine neue Praxis. Eine Praxis, in der sich nationale Befreiung, demokratische Selbstbestimmung, gesellschaftliche Veränderung und ein neuer jugendlicher Lebensstil miteinander verbanden. Nicht nur eins von alledem, sondern alles zusammen als Teile eines alternativen Ganzen – das war das Radikale an Friedrich Ludwig Jahn. Vor hundertsechzig Jahren. ●

Sie

Sie frißt ihre Kinder
sie trinkt das Blut ihrer Toten
sie predigt den Tauben
sie kennt keine höheren Werte

Sie vergißt ihren Weg
sie wankt von Verrat zu Verrat
von Fehler zu Fehler
sie schläft in den Niederlagen

Daß sie unnötig ist
lernt jedes Kind in der Schule
daß das Volk sie nicht will
hat das Volk sich endlich gemerkt

Daß sie nicht siegen kann
ist zehnmal genau bewiesen
Die es bewiesen haben
schlafen nicht gut

Die an sie glauben
sind manchmal müde von Zweifeln
Einige die sie hassen
wissen sie kommt

Erich Fried

Vor der neuen Lohnrunde

Anmerkungen zu den anstehenden Lohn- und Tarifverhandlungen 1981

Der alljährliche Kampf der Arbeitnehmer und Gewerkschaften um Lohnerhöhungen und soziale Verbesserungen ist weniger als Kampf für die Herstellung sozialer Gerechtigkeit und Umverteilung der ökonomischen Struktur in der BRD zu sehen, als der Wille an den ökonomischen Profiten und dem Wirtschaftswachstum teilzunehmen. So ist dann auch der alljährliche Kampf zwischen Unternehmerverbänden auf der einen Seite und den Gewerkschaften auf der anderen Seite ein Ringen um Daten der Produktivität, der Wirtschaftlichkeit, des Wirtschaftswachstums und der Preissteigerungen. In den vergangenen Jahren des „ständigen Wirtschaftswachstum" gestalten sich die Ergebnisse jedoch mehr als Formsache. Jeder der beiden Tarifpartner wußte, daß man zu einer Einigung kommen kann, da zum einen das Wirtschaftswachstum reichlich war und zum anderen man von vornherein eine bestimmte Mittelzone zwischen Forderung und Zugeständnis anivisieren konnte, die Einigung in der Mitte entspricht guter bundesrepublikanischer Tradition, zeigt sie doch, daß Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände gestritten haben und etwas erkämpft haben und darüber hinaus aber das vermeintliche Gesamtinteresse nicht aus dem Auge verloren haben. Alle Jahre wieder...

Die zunehmenden Auslandsbedingten Preissteigerungen, Arbeitslosigkeit, Rationalisierungen und vor allen Dingen das stark abnehmende Wirtschaftswachstum haben eine neue Situation entstehen lassen, die diese Tarifautomatik nicht mehr zulassen. Die Unternehmer haben klipp und klar erklärt, daß sie Lohnerhöhungen nur noch in dem Maße zulassen werden, indem die Produktivität steige. Die Gewerkschaften fordern aber Lohnerhöhungen um zumindest die Einkommensverluste, die durch die ständigen PReissteigerungen bedingt sind ausgleichen zu lassen. Die nächste Lohnrunde ist also nicht mehr ein Ringen darum, wie die Gewinne der Unternehmen verteilt werden, sondern kann in bestimmten Sparten und Bereichen zu ökonomischen Umverteilungen führen, wenn die Gewerkschaften den Mut aufbringen, ihre Forderungen nicht an den Produktivitätssteigerungen der Unternehmen oder an den „Ruhe und Ordnung"-Parolen der sozialdemokratisch geführten BRD-Regierung mit ihrer liberalen gräflichen Hoheit als Wirschaftsminister zu orientieren, sondern an den Interessen der Millionen von Arbeitnehmern, die an dem sozialen Fortschritt nur unzureichend beteiligt und von dem demokratischen Prozeß immer noch weitgehend ausgeschlossen ist. Insofern gestalten sich die kommenden Tarifverhandlungen nicht nur zu einem Kampf für den Ausgleich von Preissteigerungen, sondern zu einem Umverteilungskampf, der aber wieder Perspektiven erfordert, in welcher Richtung der Zug fahren soll.



Gewerkschaften am Scheidewege: DGB-Vorsitzender Oskar Vetter

Hinzu kommt eine „blindwütige Rationalisierung" wie es die Gewerkschaften nennen, Maschinen ersetzen Menschen, neue Technologien kosten Arbeitsplätze. Ein Frühwarnsystem würde Hilfe bringen und Lösungen politisch durch eine geschlossene Arbeitnehmervertretung durchsetzbar machen lassen. Eine Informationspflicht der Unternehmen aber würde eine Änderung des Betriebsverfassungsgesetz voraussetzen und eine solche Änderung ist bei der Präsens der Liberalen in der BRD-Regierung politisch nicht zu erzielen. Im Kampf gegen Rationalisierung und Lohnraub ist daher die Forderung nach Durchsetzung der 35-Stunden-Woche ein wichtiges anzuvisierendes kurzfristiges Ziel und hier sollten sich auch die Gewerkschaften durch Laumänner in der sozialdemokratischen Partei nicht beirren lassen.

Ziel sozialistischer Politik kann und darf es nicht sein Lohnerhöhungen um jeden Preis durchzusetzen, dies kann aber nicht für eine Gesellschaftsordnung zutreffen, in der wenige Großkapitalisten einen permanenten Klassenkampf von oben betreiben und mit Hilfe von industriehörigen Politikern die Arbeiter nicht am erwirtschafteten Gewinn angemessen beteiligen.

Wenn die Gewerkschaften glaubhaft die Interessen

Demokratisierung durch Arbeiterselbstverwaltung in allen größeren Betrieben

der Arbeitnehmer im ausklingenden 20. Jahrhundert vertreten wollen, müssen sie deutlich machen, welche Motivation sie bewegt, und welche Perspektiven anvisiert werden sollen. Meiner Meinung nach ist der Lohnkampf zu vordergründig, auch wenn er als „Hebel für mehr" sich anbietet. Es geht darum der Masse der Bevölkerung zu verdeutlichen, warum diese kapitalistische Gesellschaftsordnung schädlich ist. Meiner Meinung nach müßten folgende Forderungs- und Klärungspunkte herausgestellt werden.



1. Die Demokratisierung. Die Notwendigkeit der Selbstbestimmung der Arbeitnehmer, die dann auch gleichzeitig Arbeitgeber sind. In allen größeren Betrieben entscheiden die Arbeitnehmer selbst (Arbeiterselbstverwaltung). Demokratisierung. Entwicklung eines Gesamtinteresses und nicht nur des Lohninteresses aller am Betrieb beteiligten.

2. Soziale Umverteilung. Soziale Gerechtigkeit und ökologische Berücksichtigung durch Änderung der ökonomischen Strukturen. Ota Siks „Humaner Sozialismus" beispielsweise weist einen Weg auf, wie ohne ideologische Verblendung und mit Blick auf die Lehren aus der Praxis ein Umverteilungsprozeß der an den Idealen Humanität und Gerechtigkeit orientiert ist eingeleitet werden kann.

3. Absage an den Staatskapitalismus (demokratischer Zentralismus). Das politisch-ökonomische System des Ostblocks hat total versagt, sowohl im Bezug auf die Verwirklichung der Menschenrechte, der sozialen Gerechtigkeit, der Berücksichtigung der Bedürfnisse der Bevölkerung, als auch im Hinblick auf die Maxime Humanität am Arbeitsplatz und demokratische Mitbestimmung im Betrieb.
Die neue Lohnrunde ist eingeläutet. Zum 31. Dezember läuft der Tarifvertrag im Metallsektor aus. Der Weg der Arbietnehmerbewegung ist noch ungewiß. Der DGB muß Antworten geben. Die wirtschaftliche Situation zwingt ihn sogar dazu. Derzeit stellt sich die Gewerkschaft noch schwammig und wenig kampffreudig dar. Doch die ökonomische und ökologische Situation zwingen uns dazu Alternativen zu entwickeln.

Klaus Linde

DEUTSCHLAND-INFORMATIONEN

Wien: Zwentendorf und kein Ende? Österreich ringt weiter um die Atomenergie. Auf Initiative des 31jährigen Maschinenbauingenieur Herbert Schöfnagl aus Baden bei Wien soll der im Jahr 1978 durch Volksabstimmung beschlossene Verzicht auf die Nutzung der Atomenergie rückgängig gemacht werden. Schöfnagl wird hierbei tatkräftig von der millionenschweren Industrie, der österreichischen Bundesregierung und den Gewerkschaften unterstützt. Für eine Initiative , die Zwentendorf ein für alle mal verhindern soll, kämpft eine Anti-AKW-Bürgerinitiative unter der Leitung der Vorsitzenden der „Katastrophenhilfe österreichischer Frauen", Elisabeth Schmitz, die ebenfalls ein Volksbegehren eingeleitet hat. Frau Schmitz fordert den Umbau des Kernkraftwerks Zwentendorf in ein „umweltfreundliches konventionelles kalorisches Kraftwerk, sowie die Demontage des nuklearen Teils. Gegen das AKW Zwentendorf kämpfen neben Umweltschutzverbänden und Bürgerinitiativen Teile der ÖVP, die FPÖ sowie die „Neue Linke".

Frankfurt: Die BBU will die am 15. Januar wirksam werdende Tarifanhebung bei der Bundesbahn um durchschnittlich 7,9 % sowie die Erhöhung des Intercity-Zuschlags in der zweiten Klasse von drei auf fünf Mark mit „wirksamen Gegenmaßnahmen beantworten". Zum Tag der Fahrpreiserhöhung Mitte Januar kündigte der Bundesverband Protestaktionen auf Bahnhöfen und in den Zügen an. Die Bahnbenutzer sollen aufgerufen werden, an diesem Tag ihre Fahrkarte nicht am Schalter sondern mit großen Geldscheinen im Zug zu lösen. Der Bundesverband sieht in solchen Aktionen die einzige Möglichkeit, sich gegen die Fahrpreiserhöhungen zu wehren, da die Bundesbahnbenutzer keine Lobby hätten.

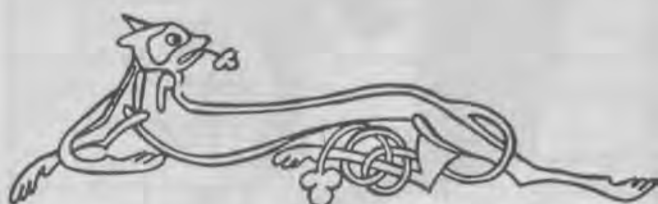
Bonn: Kohl wirft Ostberlin nationalistische Haltung vor. Auf einer Bonner Pressekonferenz hat der christdemokratische Oppositionsführer im Bonner Parlament Helmut Kohl Mitte November jedwede Tendenz in der Außenpolitik, die „auf einen Neutralismus hinziele" scharf verurteilt. Gleichzeitig sagte Kohl:„Nationalismus drohe nicht aus der Bundesrepublik, sondern von der SED, die eine gefährliche Mischung von Kommunismus und nationaler Idee herstellen wolle." Kohl zielt hierbei insbesondere auf die neue Ostberliner Kulturpolitik ab.

Berlin: Neuerung im ostdeutschen Staat, doch noch längst nicht Selbstverständlichkeit im gesamten DDR-Staat. In Mecklenburg dürfen die Mieter einer neuen Wohnung die Tapeten in Zukunft selbst bestimmen. Diese Neuerung ist auf eine mehrmonatige „Versuchsphase" zurückzuführen, die sich zumindest in Mecklenburg bewährt haben soll. In anderen Teilen der DDR wird auch künftig die „08/15-Tapete" weiter geklebt werden.

Stuttgart: Orwell 1984 ist schon Realität. Zumindest bei der Bundespost. Nicht nur, daß Telefonate von Tausenden von Bundesbürgern regelmäßig abgehört werden, zukünftig sollen auch von der 16. Gebühreneinheit an alle Telefonanrufe erfaßt werden. In Stuttgart, Frankfurt, München, Nürnberg, Düsseldorf und Hannover läuft bereits seit 1978 die Registrierung der Ferngespräche durch die Computer der Bundespost. Ohne Wissen der Teilnehmer wurde jedes Ferngespräch, das teurer als 15 Gesprächseinheiten ist, erfaßt und gespeichert. Dabei wird neben dem genauen Zeitpunkt des Gesprächs auch die angewählte Nummer registriert und zusammen mit den anderen Daten des Telefonats 106 Tage aufbewahrt.

Berlin: Der Sohn des ehemaligen BRD-Kanzlers Peter Brandt mahnt im SPIEGEL die nationale Frage nicht zu vergessen. In seiner Buchbesprechung zu Rudi Dutschkes Buch „Mein langer Marsch" schreibt Brandt: „Das Scheitern der Linken in Deutschland seit den Befreiungskriegen 1813 bis 1815 - das hat Rudi Dutschke früh erkannt und in den letzten Jahren immer dringlicher formuliert - ist nicht zu trennen von dem ‚Irrweg der Nation' , die bis heute nicht zu sich gefunden hat. Was für ein gespaltenes, geschichtsloses, von heute auf morgen dahinvegetierendes, finanziell reiches, geistig aber immer ärmer werdendes Volk der Gekrümmten.

Berlin: Mit dornenbewehrten Stahlmatten verstärkt die DDR gegenwärtig ihre Sperranlagen an der Berliner Mauer. Die Stahlmatten werden nach Beobachtungen von Westberliner Seite vor noch bewohnten Häusern in Mauernähe ausgelegt, so daß Flüchtlinge bei einem Sprung aus einem Fenster von den mehrere Zentimeter langen Dornen aufgespießt würden. Außerdem werden derzeit aus Stahl gefertigte Fahrzeugsperren tief im Boden verankert, um Flüchtlingen Tunnelbauten unmöglich zu machen.



Freiheit für Azania

Es ist allgemein bekannt, daß das afrikanische Volk Azanias unter der Herrschaft einer weißen Minderheitsregierung lebt, die ihm die nationale Souveränität vorenthält und die territoriale Integrität seines Landes verletzt. Das Recht der Völker auf Selbstbestimmung ist ein grundlegendes Prinzip des internationalen Rechts, das den politischen Status einheimischer Völker in ihrem angestammten Land bestimmt. Da dem afrikanischen Volk von Azania dieses unveräußerliche Recht verweigert wird, führt es einen nationalen Befreiungskampf. Um dies in der richtigen Perspektive zu sehen, müssen wir die politischen, wirtscheftlichen und sozialen Aspekte in der "Republik Südafrika" sorgfältig untersuchen und alle Illusionen und Mythen, die die Realität der politischen Situation durch eine rosafarbene Brille zeigen und damit verschleiern, beseitigen, vor allem das falsche und irreführende, von der südafrikanischen Regierung geprägte Bild.

Die südafrikanische Geschichtspropaganda besagt, daß das afrikanische Volk aus dem Norden ins Land kam, als die Weißen vom Süden aufbrachen, so daß schwarze und Weiße zur selben Zeit ins Land kamen. Die Wahrheit dagegen ist, daß die Afrikaner nicht dazugewandert sind.

Die frühe europäische Besiedlung Afrikas, insbesondere des südlichsten Teiles, war direkte Folge des Aufstiegs des europäischen Handelskapitals. Die rassistische Kolonialherrschaft in Azania begann mit der Kapbesiedlung im Jahre 1652 durch die holländische Ostindienkompanie, die Briten erbten sie zu Beginn des 19. Jahrhunderts durch ihre koloniale Besetzung des Landes. Eine Welle europäischer Siedler folgte der anderen, ihr Vordringen in das Landesinnere Afrikas schloß ein, daß eingeborene Völker in der Zeit der Widerstands- und Enteignungskriege ihre Souveränität verloren und stets größere Teile ihres Landes enteignet wurden. Um nicht nur ihres Landes wurden die Afrikaner beraubt, sondern auch ihres einfachen Menschenrechts — bis heute!

Auch die Ereignisse des Jahres 1910, als die Briten



Streikende Schüler in Johannisburg - Antwort auf die Repression des Systems

einseitig die kolonialistische Staatsmacht einer buristischen Minderheit übergaben, waren kein Akt der Dekolonisierung, sondern der einfache Übergang von einem Kolonialsystem zu einem anderen. Der Status des "Dominion" bedeutete lediglich, daß der weißen Koalitionsregierung eine Beteiligung zusammen mit dem britischen Großkapital zugesprochen und ihr die Regierungsgewalt einer Kolonialherrschaft über eine unterjochte Bevölkerung übergeben wurde, deren soziale Lage sich durch diese "Verfassungsänderung" nicht änderte. Rassendiskriminierung wurde und wird von der weißen Regierung praktiziert, um die ungerechte Verteilung des Landbesitzes als Ergebnis der Unterwerfung aufrechtzuerhalten. Im Laufe der nächsten Jahrzehnte verschaffnreten sich die Buren die totale Herrschaft über Armee, Staatsdienst, Wirtschaft und Universitäten des Landes, und das Monopol der bewaffneten Macht ermöglichte es dem weißen Minderheitsregime, das afrikanische Volk zu unterdrücken, auszubeuten und zu tyrannisieren.

Die Kolonialgewalt über die unterjochte schwarze Bevölkerung fand ihren programmatischen Ausdruck in der sogenannten "Eingeborenenpolitik" und später in der "Apartheit", deren Merkmale die auf "divide et impera" gerichtete Eingeborenenadministration, willkürliche Landverteilung und despotische Arbeitsverhältnisse sind.

"Apartheit" bedeutet Rassentrennung in der Theorie, rassische Diskriminierung in der Realität.



Last Breakfast



Getto-Leben in den „Homelands"

Diese bereits seit dem Beginn der europäischen Kolonisation im 17. Jahrhundert geübte Politik wurde von den Nachkommen der holländischen Siedler legalisiert, als die Nationale Partei der "Afrikaander" (Buren) 1948 die (weißen) Wahlen gewann. Die europäischen Siedler bezeichneten die weiße Rasse als den einheimischen Stämmen überlegen, durch ihre Gewehre besaßen sie in der Tat die Überlegenheit in der Bewaffnung. Sie "rechtfertigten" diese inhumane Konzeption sogar mit pseudoreligiösen Argumenten aus der biblischen Überlieferung, indem sie das "Veld" als das "gelobte Land" und sich selbst als das "auserwählte Volk" bezeichneten, den Einheimischen aber die Rolle der "Kinder Hams" zuwiesen, um sie versklaven zu können. Die Herrschaft der "Herrenrasse" über die als "inferior" bezeichneten Einheimischen sollte mit der Verbreitung der "westlichen christlichen Zivilisation" legitimiert werden.

Die gegenwärtige Bantu-Homelands-Politik der Regierung in Pretoria ist die neueste Variante dieser kolonialistischen "Eingeborenenpolitik". Gemäß der Apartheid-Theorie wurden 4/5 der Bevölkerung Azanias in "tribal homelands" oder "Bantustans" gepfercht – Ghettos, die nur 12,3 % der Gesamtfläche Südafrikas ausmachen. Diese Reservate wurden geschaffen, um die Schwarzen von ihrem eigenen Land zu enteignen und den Weißen eine riesige Reserve an "eingeborenen" Arbeitskräften bereitzustellen, die jederzeit aus den Bantustans in die Städte geholt und wieder zurückgeschickt werden können. Sie sind also ein Trick zur dauernden Entrechtung der städtischen Schwarzen, die durch Paßvorschriften an die Bantustans gebunden sind. Diese Paßgesetze werden als die größte Ungerechtigkeit empfunden: "Nichts ist so unmenschlich, so erniedrigend für die schwarze Würde." (der schwarze Politiker Dr. Nthato Motlana)

Alles gegenwärtige Gerede von "Änderungen" dient nur dazu, die Welt über die Rassendiskriminierung in Südafrika zu täuschen, denn der Ruf nach tatsächlichen Änderungen ist weltweit immer lauter geworden. In Wirklichkeit aber werden allenfalls kosmetische Korrekturen durchgeführt. Beispielsweise liegt die Anerkennung schwarzer Gewerkschaften im Ermessen der Weißen, in der Pr-- xis bedeutet das, daß der großte Teil der azanischen Arbeiter von allen gewerkschaftlichen Rechten ausgeschlossen ist. Schließlich besteht die Diskriminierung auch darin, daß Schwarze allein aufgrund ihrer Hautfarbe nicht in bestimmten Berufen arbeiten dürfen, daß sie nicht durch gewisse Türen gehen dürfen, daß sie nur bestimmte Schulen besuchen dürfen etc. Aber natürlich kann ein Mann wie Premierminister Botha, der so viele Jahre Aufbauarbeit in der Nationalen Partei geleistet hat, jetzt nicht die Richtung dieser Partei ändern, die der Apartheidpolitik völlig verfallen ist.



Pieter Botha: „Privilegien nur für Weiße"

Die politische Situation in Südafrika spiegelt die Wirtschaftsstruktur, den halbkonolialen Charakter des Landes und die sozialen Widersprüche zwischen Schwarz und Weiß wider. Die politische Macht ist das Monopol der weißen Bourgeoisie, die einerseits die Großfarmer und Großgrundbesitzer vertritt, andererseits die Interessen des Imperialismus, an dem erstere ein geringes, aber wachsendes Interesse haben. Der politische Status der gegenwärtigen Republik Südafrika ist der eines halbkolonialen Konsortiums seiner Investoren und Handelspartner, die zusammen mit der weißen Bourgeoisie (zu der die Regierung an zentraler Stelle zählt) über 80 % des Privateigentums besitzen. Der Hauptwiderspruch in Azania ist daher die Kontrolle über das Land und seine Reichtümer.

Seit 1950 hat die weiße Bourgeoisie konzentriert versucht, ihre wirtschaftlichen Interessen im Lande zu vergrößern, aber der britische Imperialismus hat die führende Stellung im Bergbau, im Handel und in der Industrie inne und kontrolliert etwa 97 % des Bergbaukapitals, 94 % des Industriekapitals, 88 % des Finanzkapitals und 75 % des Handelskapitals. Diese ökonomische Machtgrundlage ist hochkonzentriert in den Händen von 7 Finanzhäusern, die zusammen über 1000 der größten Gesellschaften, deren Kapital zusammengenommen 1 Milliarde Pfund übersteigt, kontrollieren, während andere westliche Interessen einen Anteil von über 18 Milliarden Pfund – aufgeteilt auf 1632 gesellschaften – haben, die 13 kapitalistischen Ländern (Australien, Belgien, Kanada, Frankreich, Italien, Niederlande, Neuseeland, Schweden, Schweiz, Großbritanien, USA, BRD) gehören.

Es ist nicht zu leugnen, daß sich alle ausländischen Gesellschaften in Südafrika an die "Eingeborenenpolitik" der rassistischen Regierung halten, und vollständig im Rahmen der sich aus dieser Politik ergebenen Gesetze handeln. Sie alle beteiligen sich an der Apartheid, oder umgekehrt: Die Apartheid wird in ihrem Namen und zu ihrem Vorteil praktiziert! Und dies geschieht, weil Südafrika ihre gemeinsame Halbkolonie ist. Die weiße Herrschaft ist also nicht nur eine Frage der Apartheid (wie die schwächlichen liberalen und pseudosozialistischen Kreise des Westens sagen), sondern ein wesentlicher Bestandteil der einheimischen und ausländischen Ausbeutung des afrikanischen Volkes, die durch die Errichtung von Rassenschranken in allen gesellschaftlichen Bereichen abgesichert wird.

Die weiße Herrschaft ist die südafrikanische Form des Kolonialismus. Es gibt aber auch einige schwarze Marionetten (Matanzima, Buthelezi u. a.), die bestochen wurden, das Bantustan-System aufrechtzuerhalten und innerhalb dieses Systems mit Pretoria zu kooperieren.

Gegenüber der Herrenvolk-Ideologie der weißen Minderheit und der schwarzen Kollaboration der traditionellen Häuptlinge ist der afrikanische Nationalismus diejenige gesellschaftliche Kraft in Azania, die die Interessen der Unterdrückten umfaßt und vorantreibt.

Bereits 1912 wurde der African National Congress (ANC) gegründet, um jeglicher Form der Unterdrückung eine vereinte nationale Front der Afrikaner entgegenzustellen. Diese Bewegung war jedoch nicht imstande, die nationale Sache so voranzutreiben, wie es die Verhältnisse erfordert hätten. Infolge der Schwächen in seiner Verfassung und Organisation und infolge seiner Nachgiebigkeit gegenüber der Unterdrückung verfiel der ANC seit 1924 zunehmend und entfremdete sich den Massen des azanischen Volkes schließlich dadurch, daß er in seiner "Freiheits-Charta" die Organisationen der Inder und der weißen Liberalen als gleichwertige Partner anerkannte. Radikale Kritiker aus den eigenen Reihen bezeichneten die "Freiheits-Charta" als

Verrat am afrikanischen Nationalismus, der zugunsten eines "multirassischen" Konzepts aufgegeben worden sei; dieses wiederum sei ein Mittel, um die europäischen Interessen abzusichern. Heute wird der ANC von der hauptsächlich aus weißen Kosmopoliten bestehenden (moskautreuen) Südafrikanischen Kommunistischen Partei kontrolliert – also von einer Partei, deren Geschichte von Anfang an eine Geschichte des Verrats am nationalen Befreiungskampf Azanias ist. Zwar wurden in der ganzen Welt Konferenzen abgehalten, die das Ansehen des ANC als echte Befreiungsbewegung verbreiten und festigen sollten, aber seine Authentizität als Befreiungsbewegung wurde bezeichnenderweise durch die Sowjetunion festgestellt.

Im Gegensatz zum ANC entwickelte der 1959 aus der ANC-Jugendliga hervorgegangene Pan Africanist Congress (PAC) unter Führung von Robert Mangaliso Sobukwe, Anton M. Lembede, Leballo, Madzunyaden u. a.) ein umfassendes revolutionäres Programm für eine radikale Umgestaltung Azanias (auch dieser Name wurde vom PAC geprägt):

- Aufhebung der Rassendiskriminierung, totale Zerststörung weißen Sklavenstaates,
- Etablierung einer nicht-rassistischen sozialistischen Demokratie,
- sofortige, bedingungslose Überführung von Minen, Großindustrie, Banken und Boden in gesellschaftliches Eigentum.
- Vertreibung aller imperialistischen Interessen 3) aus Azania und eine mit den antiimperialistischen Bewegungen der Welt solidarische Politik.

Der "Afrikanismus" wird als "dritte gesellschaftliche Kraft" bezeichnet. In Fragen der internationalen Politik wird Blockfreiheit und "positive Neutralität" gefordert. Ideologisch soll das Beste vom Osten (staatliche Planwirtschaft) und vom Westen (politische Demokratie) übernommen werden, wobei "wir unsere distinkte Personalität erhalten und uns weigern, die Satrapen oder Handlanger des einen oder anderen Machtblocks zu werden."

Seit 1960 (dem Jahr der Polizeimassaker von Sharpeville und Langa 4) bestimmt der PAC die ideologische Richtung der nationalen Befreiungsbewegung und der Aktivitäten des Azanischen Volkes – ungeachtet dessen, was von anderer Seite Gegenteiliges behauptet wird. Die militantesten und aktivsten Teile der afrikanischen Bevölkerung wurden von dieser Organisation angezogen, besonders wurde er zur geistigen und politischen Heimat der Studenten, die die einflußreichsten politischen Führer der nächsten Generation sein werden.

Trotz Verbot (1960) leiteten PAC und ANC aus dem Untergrund häufige Sabotageaktionen ein. Der PAC z. B. organisierte sich um in eine von Mao Tse-tung inspirierte Untergrundbewegung (Poquo), die den bewaffneten Kampf vorantreiben sollte. Die Aktivitäten der Paqo konzentrierten sich



hauptsächlich auf die Gebiete von Transkei und Natal. Im Pondo-Aufstand gegen die Bantu-Authorities spielte sie eine gewisse Rolle.

Trotz der unbarmherzigsten und grausamsten Unterdrückung, die man sich vorstellen kann, konnten sich die nationalistischen Kräfte in Azania halten. Immer wieder glaubte man feststellen zu müssen, der organisierte Widerstand gegen die Apartheid sei völlig zerschlagen worden, so bei den Massenverhaftungen der Jahre 1960 und 1963 oder 1967, als der Versuch, exilierte Freiheitskämpfer über Namibia einzuschleusen, blutig vereitelt wurde. Dann aber erkennt man immer wieder neue Anzeichen von Aktivität. Zwar ist es noch nicht gelungen, den bewaffneten Kampf aufzunehmen, aber die Arbeit des PAC und anderer Revolutionäre trug wesentlich dazu bei, daß die Massen seit 1968 eigene Organisationen schaffen konnten: die South African Students Organisation (SASO), später die Black People's Convention (BPC), das South African Students Movement (SASM) und die Black Allied Workers Union (BAWU). Als Ergebnis der Arbeit der revolutionären Organisationen, wenn auch ohne ihre direkte Beteiligungm entstand Mitte der 70er Jahre vor allem die Schwarze Bewußtseins-Bewegung (Black Consciousness Movement), eine Massenbewegung, die in zahlreiche Organisationen aufgeteilt ist und mit ihren politischen Aktionen (Soweto 1976) die Revolution vorantreibt. Die schwarzen Gewerkschaften haben gute Arbeit geleistet, wie die Streiks in Natal vor einigen Jahren bewiesen haben.

Seit 1976, dem Jahr des Kinderaufstandes von Soweto, gibt es das neue Phänomen der Kinderproteste. Damals ging es zunächst um die "Bantu-Er-



Azania - Land zwischen Unterdrückung ...



... und nationalistischem Widerstand

ziehung", eine minderwertige Erziehung mit dem Ziel, schwarze Schüler zu Sklaven heranzubilden. Die traumatischen Ereignisse von 1976 haben die schwarzen Kinder politisiert bzw. radikalisiert und sie den Wert von Einheit und Massenauftritten gelehrt. Die durch das System verübten Morde (an Steve Biko u. a.) haben die Schüler verbittert, und nun benutzen sie die einmal verspürte Macht.

Zweifellos haben die Machthaber die militante Unterstützung von 3,5 Millionen Weißen und den starken Rückhalt der großen imperialistischen Mächte hinter sich, die sie mit Waffen, Giftgas, Atomreaktoren und Kapital versorgen. Auf der anderen Seite stehen die unbewaffneten und ungeschulten Schwarzen, die durch die Apartheid von jeder Einflußnahme auf die Staatspolitik ausgeschlossen sind. Dennoch gibt es kaum Zweifel daran, daß die objektiven Bedingungen für eine Revolution in der südafrikanischen Situation gegeben sind: Es gibt 18 Millionen Unterdrückte, die dem Herrenvolk – Staat völlig entfremdet sind und in denen der Geist des Aufstands brodelt. Sie schulden ihm absolut keine Loyalität; sie betrachten seine Armee und Polizei als Besatzungsmacht, seine Wirtschaft als Instrument ihrer Knechtschaft, seine Justiz als widerrechtlich und die Philosophie der Apartheid als absolut abstoßend. Trotz der phantastischen ökonomischen Fortschritte des Landes sind die Lebensbedingungen der Mehrheit elend – die Lebenshaltungskosten schossen in die Höhe, während das Realeinkommen sank, und die Last der schwarzen Massen ist unerträglich geworden. Sharpeville und Soweto haben ihnen klargemacht, daß friedliche Demonstrationen und passiver Widerstand (wie sie der schwarze Friedensnobelpreisträger Albert Luthulli gepredigt hatte) für ihren Kampf aussichtslos sind. Auch die Ereignisse in den portugiesischen Kolonien und in Zimbabwe haben ihre Zuversicht gestärkt: Veränderungen finden "durch den Lauf der Gewehre" statt!

Wenn also die weißen Afrikaner wirklich so hart bleiben, wie sie immer behaupten, dann wird gekämpft werden. Die Waffen, die die Weißen besitzen, werden ihnen entrissen werden, und die nationale Befreiungsarmee wird Kampfformen für die konkreten Bedingungen der azanischen Situation entwickeln. Das südafrikanische Territorium ist für den Guerillakampf wohl geeignet...

Noch leiden mutige schwarze Männer und Frauen in den Folterkammern und Gefängnissen der "weißen Festung" Südafrika, die sich in den Blättern der deutschen Rechten (Deutsche National-Zeitung, Deutsche Wochen-Zeitung, Nation Europa etc.) größter Popularität erfreut. Sobukwe, der Gründer und Präsident des PAC, erlebte nicht mehr den Tag der Befreiung: 1978 starb der von der rassistischen Polizei zum Krüppel Gefolterte, jahrelang Inhaftierte und Gebannte. Aber der letztendliche Triumph der Befreiungsbewegung ist gewiß, weil das afrikanische Volk auf seinem Freiheitsmarsch die Geschichte auf seiner Seite hat. Die militanten fortschrittlichen Kräfte des afrikanischen Nationalismus müssen notwendig die reaktionären Kräfte der rassistischen Herrschaft besiegen.

Stefan Fadinger

Freiheitskampf der Korsen

Seit Jahren schon kämpften die Korsen gegen den staatlichen Zentralismus Frankreichs an. Technokratische Reformen der Zentralregierung allein genügen ihnen nicht – sie wollen nicht nur wirtschaftliche Verbesserungen, sie wollen politische Lösungen.

Der Hintergrund für den Aufstand gegen die Zentralgewalt in Paris liegt sowohl im korsischen Nationalstolz als auch in den sich immer mehr verschärfenden sozialen Spannungen. Die Jungen müssen auswandern, weil es auf der Insel keine Arbeitsplätze gibt; fast ein Drittel der Korsen ist über 65 Jahre alt. Binnen 13 Jahren, nämlich zwischen 1964 und 1977, haben 55.000 Korsen die Insel verlassen; im gleichen Zeitraum wanderten mehr als 80.000 Nicht-Korsen ein. Nach dem offiziellen Plan soll die Insel bis 1990 um weitere 150.000 Bewohner zunehmen, die zumeist Nicht-Korsen sein werden. Mit anderen Worten: Die Geschwindigkeit der Unterwanderung des korsischen Volkes durch Nicht-Korsen soll sich verdoppeln, daß von den 377.000 Einwohnern, die Korsika im Jahre



Der homo corsicanus ist so selten geworden, daß man ihn im Käfig ausstellt, für die Touristen, die die Insel überfluten.

1990 haben soll, nicht einmal mehr 25 % Korsen sein werden. Die Korsen wären damit zur Minderheit in der eigenen Heimat geworden!

Ein Großteil der Nahrungsmittel muß auf dem Kontinent eingekauft werden; auf der Insel gedeihen nur Schafe, Wein und Orangen, der Fischfang verliert an Bedeutung. Als Paris 1962 begann, 6000 Algerien-Franzosen ("Pieds noirs") mit hohen Entschädigungen auf Korsika anzusiedeln (heute leben dort 18.000 aus der ehemaligen nordafrikanischen Kolonie), führte diese Einwanderungswelle zu einer Überfremdung der korsischen Wirtschaft. Heute kontrollieren die geschäftstüchtigen Algerien-Franzosen den größten Teil des Weinbaues und der Touristik. Die Korsen selbst verarmen infolge des Landraubs der "pieds noirs" immer mehr, und die Touristenschwämme hat ihre augenfälligen Folgen für die "Insel der Schönheit". Der kapitalistische Neokolonialismus Frankreichs hat eine Flut von Fremden sowie brutale Eingriffe in die Natur und Lebensweise Korsikas mit sich gebracht.

Die Pariser Zentralgewalt der korsischen Küste durch hochgiftigen Industrieabfälle des multinationalen Chemiegiganten Montedison, aber gegen demonstrierende korsische Bauern und Fischer in Bastia (1974) ließ sie gewaltsam niederschlagen (unter Einsatz von Tränengas) und die "Rädelsführer" verhaften. Der insgeheim ins Meer gekippte "rote Schlamm" ist ein Anschlag auf das Leben, zum Profit einiger weniger und zum Schaden des korsischen Volkes. Der Kampf um ökologisches Überleben ist also nicht vom Kampf um politische Freiheit zu trennen.

Der Nationalismus hat in Korsika seine eigene Tradition. Zu seiner Erklärung müssen wir zunächst kurz auf den historischen Hintergrund eingehen. Unser Rückblick beginnt mit den Spuren prähistorischer Besiedlung der Insel im 7. vorchristlichen Jahrhundert, von der die Existenz des korsischen Volkes abzuleiten ist. Im Hochmittelalter stellte Korsika einen Zankapfel zwischen Pisa, Genua, dem Königreich Aragon und Frankreich dar. Die Insel ertrug jede Art von Fremdherrschaft nur sehr widerwillig; das als Kolonie behandelte Korsika erhob sich im 18. Jahrhundert gegen die Genuesen, und unter Pasquale Paoli (dem "Vater des Vaterlandes") kam es 1755 sogar zur Gründung eines eigenständigen korsischen Staates als demokratischer Republik. Dies ging 1769 unter, nachdem Genua Frankreich um Hilfe gebeten und ihm die Insel verkauft hatte und die korsischen Truppen Paolis von den französischen Interventions-

kräften besiegt waren. Paoli starb im Londoner Exil, und die Korsen weisen stolz darauf hin, daß ihm als einzigem Landesfremden die Ehre widerfahren ist, in der Westminster Abbey begraben zu werden. Frankreich kolonialisierte die Insel und stationierte dort seine Fremdenlegion. Diejenigen Familien aber, die zum Dank für den Verrat an Paolis Republik von den Franzosen Ämter und Pfründen erhielten, sind bis heute in Korsika an der Macht; man nennt sie Clans, und sie haben sich in dem quasi erblichen Patronagesystem alle politischen Ämter bis heute erhalten.

In den 50er Jahren begann es in Korsika zu gären. Im Jahre 1956 erhob sich bewaffneter Widerstand gegen die Pläne der Regierung, die Insel zu einer Atommülldeponie zu machen – mit Erfolg. Zugleich begann das Bewußtwerden korsischer Eigenart gegenüber dem gleichmacherischen Zentralismus Frankreichs und die Rückbesinnung auf die eigene Sprache und Kultur, die eher der italienischen als der französischen verwandt ist.

Die ersten Attentate mit Plastikbomben verzeichnete man 1962; im Jahre 1972 gab es auf der Insel :8 Anschläge, 1974 kletterte die Zahl schon auf 111, 1976 auf 298 (allerdings begehen auch die Behörden, die eine Parallelpolizei – die "barbouzes" – aufgestellt haben, selbst Attentate).

Der Überlebenskampf der Korsen richtet sich gegen den alten politischen und kulturellen Zentralismus, der die ethnischen und kulturellen Unterschiede in Frankreich ignoriert und eine "nationale Einheit" proklamiert, die ganz einfach keine ist, und die auch das ökonomische Leben des korsischen Volkes bedroht. Die 1967 gegründete "Azzione per a Rinascita Corsa" (ARC) forderte kulturelle Autonomie, ein selbstgewähltes Parlament und eine eigene Exekutive, weiterhin die Aufteilung großer landwirtschaftlicher Güter an ärmere Bauern und eine Korsifizierung der Arbeitsplätze.

In Aleria knüpften die Korsen im August 1975 an ihre Tradition der Freiheitskämpfe an. Dort nahm die ARC den offenen Kampf auf – wie der Generalstreik vom 1. September dieses Jahres zeigte, mit voller Unterstützung des korsischen Volkes. Freiheit für die verhafteten ARC-Mitglieder und Abzug der französischen Besatzungstruppen waren die Forderungen dieses Streiks.

Aus der nunmehr verbotenen ARC wurde die "Unione di u Populu Corsu" (UPC). Diese zunächst regionalistische, dann aber autonomistische Volksbewegung, die aus dem Umweltkampf gegen den "roten Schlamm" des multinationalen Konzerns Montedison hervorgegangen ist, hat den Charakter einer Bürgerinitiative, d. h. sie ist gegen das erstarrte Kartell von Parteien und Regierung der westlichen „Demokratien" angetreten. 1)

Die Nationale Korsische Befreiungsfront (FLNC) wurde im Oktober 1973 als FPCL (Fronte paesanu



Korsischer Widerstand 1975: Hotelbesetzung in Aleria

corsu de liberazione) gegründet, bald darauf aber verboten, weil sie der Regierung ein Ultimatum von 60 Tagen stellte, "die Kolonisateure aus dem Land zu entfernen und die korsische Sprache wieder einzuführen". Ihr Führer, Stromboni, wurde verhaftet.

Dennoch nahm diese Bewegung seither an Stärke zu und wurde im April 1976 neu konstituiert. Sie geht in ihrer Zielsetzung (Unabhängigkeit von Frankreich, sozialrevolutionäre Forderungen) sowie im Mitteleinsatz (Bereitschaft zur Gewalt) viel weiter als die autonomischen Gruppen, die kulturelle und wirtschaftliche Ziele verfolgen. Sie betrachtet Dr. Simeoni und seine UPC als Reformisten und erhebt den revolutionären Anspruch, für die totale Befreiung Korsikas von der Fremd-



Dr. Simeonis Reformismus oder totale Befreiung!

herrschaft zu kämpfen. Simeoni widerum distanziert sich deutlich von der FLNC und bezeichnet ihre Strategie des bewaffneten nationalen Befreiungskrieges nach dem Vorbild der algerischen FLN als selbstmörderisch. In den Aktionskommandos dieser Geheimorganisation arbeitet jedoch ein Teil der ehemaligen ARC-Militanten.

Im März 1974 hatte sich – anläßlich des Besuches von Premierminister Messmer auf der Insel – die geheime Gruppe "Ghjustizia Paolina" gebildet, der anscheinend hauptsächlich Studenten angehören. In einem Kommunique nannte sie als ihr Ziel nicht mehr nur "die systematische Zerschlagung des kolonialen Zwanges in allen privaten und polizeilichen Verwaltungen", sondern die "Vertreibung aller französischen Kolonialisten, Beamten und Sol-



Seperatistische Parolen an der Straße von Ajacciu nach Corti

daten von der Insel". Sie proklamiert einen "demokratischen Terrorismus" gegen Banken, Reiseagenturen, Gendamerie, Immobilienmakler, öffentliche Gebäude, Freizeit-Camps und die Weingüter der "großen Kolonisten".

Paris versucht zwar, die politische Bedeutung der neuen Organisationen herunterzuspielen, aber seit 1976 steigerten sich die Aktionen auf Korsika nicht allein nach der Zahl, sondern auch nach der Art, bis zum Beschluß militärischer Einrichtungen mit modernsten amerikanischen Waffen, die selbst auf den "grauen" und "schwarzen" Waffenmärkten noch nicht zu haben waren und nur aus NATO-Beständen stammen konnten. Zahlreiche Bombenanschläge gegen Symbole des französischen Kolonialismus – das Flugverkehrsmonopol der Air France (sogar eine Boing ging in Ajacciu in Flammen auf), das Rundfunkmonopol der ORTF, die Ferienhauskolonien französischer und ausländischer Tourismus-Agenten, die protzigen Villen fremder Landaufkäufer, die Häuser profranzösischer Korsen, besonders aber auf Verwaltungsgebäude, Bankniederlassungen und französische Geschäfte – demonstrieren überdeutlich die Ziele dieser geheimen Befreiungsfront. Die FLNC unternimmt auch Bombenanschläge auf französische militärische Einrichtungen auf Korsika, Entführungen, Anschläge auf

Flugzeuge, nimmt aber dabei Rücksicht auf Unschuldige. Inzwischen ist sie auch zu Aktionen (Bombenanschlägen) auf dem französischen Festland übergegangen, auch in Paris selbst.

Die Geheimorganisationen widerstanden allen Verführungen durch demagogische Versprechungen, die an den kolonialen Einrichtungen nichts ändern würden. Sie plädierten für eine "regelrechte nationale Befreiungsfront" und riefen zum nationalen Befreiungskrieg auf. Regionalismus und Autonomismus bezeichneten sie als "lächerliche und abstruse Formeln für einen reformistischen Betrug". Der französische Staat müsse gezwungen werden, das nationale korsische Faktum anzuerkennen und das Volk bestimmen zu lassen.

CORSE

SAIS TU QU'UNE LOI
AUTORISE L'ENSEIGNEMENT DU BRETON,
DU BASQUE, DU CATALAN,
DU PROVENCAL
ET REFUSE CE DROIT A LA LANGUE CORSE?
SI TU VEUX QUE CESSE CETTE INJUSTICE
DEMANDE A TES ELUS D'INTERVENIR!



O CORSU

A SAI CHI UNA LEGE
PERMETTE L'INSIGNAMENTU DI U BRITTONE,
U BASCU, U CATALANU,
U PROVENZALE
E NEGA STU DIRITTU A A LINGUA CORSA?
SE TU VOLI CH'ELLA FINISCA L'INGHIUSTIZIA
FA CH'ELLI SI MOVINU DEPUTATI
E SENATORI!

Protest-Plakat: Warum kein Schulunterricht in korsischer Sprache?

Im Juni 1978 wurde der Chef der FLNC, Jean-Paul Rösh, verhaftet. Aber die Guerillagruppen wichen vor der mit Panzerfahrzeugen ausgerüsteten verstärkten Gendarmerie und den Armee-Einheiten nur in immer entlegenere Teile der "Macchia" 1) aus. Ihre Gewalt ist nur eine legitime Verteidigung, da die Gewalt vom Staat ausgeht. So wurde 1977 die rechtsradikale Untergrundorganisation "Francia" gegründet, deren Devise lautet: "Auf jedes Attentat der Autonomisten antworten wir gleichfalls mit einem Attentat." Laut offizielle Statistik verübte die "Francia" bereits in ihrem Gründungsjahr 6 Anschläge, 1978 39 und 1979 30 Attentate. Die "Francia"-Terroristen werden von den Behörden niemals verfolgt oder verhaftet, obwohl sie namentlich bekannt sind.

Um die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf diese unterschiedliche Behandlung korsischer Nationalisten und ihrer extremistischen Gegner hinzuweisen, nahmen UPC-Aktivisten im Januar 1980 drei "barbouzes" als Geiseln und bestzten das größte Hotel in Ajacciu, die meisten der 30 Geiseln genommenen Personen wurden zwar freigelassen, aber dennoch kam es zu schweren Zusammenstößen mit der profranzösischen Geheimorganisation "Francia", schwerbewaffneten Gendarmen und Soldaten. Schließlich wurde auf beiden Seiten scharf geschossen; die schweren Straßenschlachten forderten 3 Tote und unzählige Verwundete. Dieser blutige Korsen-Aufstand rief sowohl auf der Insel als auch in Frankreich große Erregung hervor.

Die als "links" geltende FLNC greift mit ihren politischen Vorstellungen und Denkformen über die Insel hinaus. Sie spricht nicht allein von "französischer Kolonialbesetzung" und "Freiheitskampf", sondern auch von der Verwandschaft mit dem Selbstbestimmungskampf der Palästinenser. Wie andere regional-ethnische Kampforganisationen bewegen sich die FLNC und die "Ghjustizia Paolina" in der Gedankenwelt der neueren antikolonialistischen Befreiungsbewegungen der Dritten Welt, als deren wirkliches ideologisches Kraft- und Führungszentrum nach wie vor Algerien angesehen wird (angeblich kommt auch von dort und aus Libyen Hilfe). Ist es Zufall, daß die heute aktivste Gruppe korsischer Nationalisten sich (wie einst die algerische Befreiungsfront) "FLN" nennt und ein "C" hinzufügt, als sei sie die korsische Sektion einer neuen, anderen, größeren Einheit?

Sicher ist Frankreich immer noch mächtig. Aber wer ist Frankreich? Sind es die "Rechten" und "Linken" in Paris, die sich sträuben, das Recht auf Selbstbestimmung für die Völker des Landes anzuerkennen? Werden Bretonen marschieren, um die Korsen niederzuwerfen, oder die Elsässer, Basken oder Katalanen? Welche Propaganda könnte die erwachenden Völker Frankreichs dazu bewegen, gegen die Korsen zu marschieren?

1) Anmerkung: Die "Rechte" auf Korsika ist – wie alle "Rechten" der Welt – von Grund auf kolonialistisch, Sozialisten und Kommunisten – auch wenn si sich noch so korsisch geben – sind immer nur Mitglieder streng zentralistisch ausgerichteter französischer Parteien.

Stefan Fadinger

Arbeiterbewegung und Nationalismus in Irland

Die Arbeiterbewegung hat geschichtlich eine wichtige und zunehmende Rolle im nationalen Befreiungskampf gespielt. Seit der Teilung Irlands hat sie sich jedoch offensichtlich von diesem Kampf weitgehend zurückgezogen. In einer Serie von drei Artikeln, die in der REPUBLICAN NEWS und WIR SELBST veröffentlicht werden, wird Ciaran Dowd die historische Entwicklung der heutigen Beziehung zwischen der Arbeiterbewegung und der nationalen Frage untersuchen. Der erste Teil beschäftigt sich mit "der Entstehung der Arbeiterbewegung bis zum Jahre 1916".

VON DEN ANFÄNGEN DER ARBEITERBEWEGUNG BIS 1916

James Connolly bezog eine Position 1916, die heute noch Gültigkeit hat: "Die Sache der Arbeiter ist die Sache Irlands, die Sache Irlands ist Sache der Arbeiter. Sie können nicht getrennt werden".

Sie wurden in der Tat nach Connoly's Hinrichtung 1916 getrennt, aber der Punkt ist, daß eine richtige Orientierung nach ihrer Veränderung streben sollte.



James Connolly

Die irische Arbeiterklasse entwickelte sich aus den Überlebenden der großen Hungersnot. Die große Hungersnot war das Resultat der Ausdehnung kapitalistischer Produktion auf das Land. In Dublin wurde 1863 eine Handelsvereinigung gegründet, Belfast, obwohl industriell weiter fortgeschritten, folgte erst 1881.

Mit dem Mißerfolg des Fenian-Aufstandes von 1867, kam eine Wende zur britischen konstitutionellen Politik. Dies spiegelte sich in der Arbeiterklasse in einem "solchen Umfang wieder, daß die Arbeiterbewegung von Irland ein Vorposten der britischen Gewerkschaftssysteme wurde", nach Feststellung des Historikers J. MacDonnel. Der selbe Autor schreibt in 1921, daß "während der letzten Hälfte des 19. Jahrhunderts die gesamte Bewegung eine Entwicklung nahm, welche einer fremden Organisation glich, die ihre Fangarme über das ganze Land ausbreitete....." Wir haben uns noch nicht von der verborgenen Feindseeligkeit gegen Organisationen der Arbeiterklasse befreit, verursacht durch die Befürchtung, daß sie ausländischen Ursprungs sind".
Folglich war der Bruch zwischem radikalem Nationalismus und Arbeiterschaft verewigt.

WENDEPUNKT

Der Wendepunkt in der Geschichte der organisierten Arbeiterschaft in Irland, war die Gründung 1909 der "Irischen Transport und Arbeiter Gewerkschaft" (Irish Transport and General Workers Union ITGWU). In den Gewerkschaftssatzungen erklärte der Vorsitzende James Larkin, ein Ende der "Politik der Aufpfropfung von uns selbst auf die englischen Gewerkschaften". Es war deutlich, die Arbeiterbewegung mußte zur nationalen Frage eine Orientierung finden. Während des Hafenarbeiterstreiks 1907 in Belfast, erlebte Larkin die Unfähigkeit einer englischen Gewerkschaft, als sie der nationalen Frage Irlands gegenüberstand.

Dies, und der traurige Mangel einer Organisationsform für die ungelernten Arbeiter, bestimmten die Wende zur ITGWU.
Wie der Kongressbericht der Irischen Arbeiterpartei und Gewerkschaft 1920 feststellte, war die IGTWU "eine klassenbewußte Organisation mit wirtschaftlichen und politischen Interessen..." Die militanten Taktiken und Ziele dieser neuen Organisation ver-

ursachten die heftigste Feindschaft der Arbeitgeber und die Auseinandersetzung zwischen ihnen und den Arbeitnehmern war fortwährend. Aber, durch den heftigen Druck der Verfolgung wuchs die Gewerkschaft und entwickelte sich, die Zahl der Mitglieder schwoll an und das militante Klassenbewußtsein durchsetzte die ganze Bewegung".

LAKRINISMUS

Der Aufstieg der ITGWU gipfelte in dem Epos des Kampfes mit den Unternehmern von Dublin 1913-1914, die entschlossen waren, den "Larkinismus" zu vernichten. Über 20.000 Männer und Frauen wurden von den Arbeitgebern ausgesperrt, mit der vollen Unterstützung durch Staat, Kirche und die Presse. Ein Streik der Straßenbahnarbeiter, die mit Entlassung bedroht wurden, führte zu Sympathiestreiks vieler anderer Gruppen von Arbeitern. Die Sympathien britischer Arbeiter war weit verbreitet, aber scheiterte an der sich dort ausdehnenden Gewerkschaftsbürokratie und half dem Arbeiterkampf in Dublin wenig. Dies und die sich steigernde Unterdrückung führte im Januar 1914 zur Beendigung des Streiks, nach 8 monatigem harten Kampf. Es war Connolly's Urteil, daß es ein "unentschiedener Kampf" war, aber seine politischen Auswirkungen wurden in der irischen TUC Deklaration von 1914 sichtbar, in der es heißt:
"Arbeiterunruhen können nur durch die Vernichtung des kapitalistischen Systems beendet

Im geschichtlichen Rückblick ist es die größte Tragödie der Jahre 1913-1914, daß die Kräfte der Arbeiter ihren Höhepunkt erreichten, ehe die nationale Bewegung sich von ihren früheren Rückschlägen erholt hatte. So war es wieder einmal, die Arbeiterbewegung und die nationale Bewegung waren geteilt in ihrem jeweiligen Kampf, jedoch fand eine gegenseitige Befruchtung in diesen Jahren statt.

TEILUNG

Die nationale Bewegung war in ihrer Ansicht über den Dubliner Arbeiteraufstand geteilter Meinung.
Arthur Griffith (der immerhin ein Monarchist war) kritisierte die Streikenden heftigst und bezeichnete sie als "Menschen der Gewalt" und als potentielle Zerstörer der kostbaren Entwicklung des irischen Kapitalismus, den er als die einzige Grundlage zukünftiger Unabhängigkeit sah.
Der radikale republikanische Flügel der nationalen Bewegung auf der anderen Seite unterstützte die Arbeiter, allen voran Padraic Pearse.
Gegen Griffith, der den Arbeiterkampf als einen "englischen Streik" verdammte, erklärte die republikanische Publikation "Irish Freedom" (Irische Freiheit) im Dezember 1913, daß die Reinigung Irlands von den Ausländern auch die Abschaffung dieses unmenschlichen und degradierenden Systems beinhaltet." Diese richtige Linie war eine Erneuerung der Tradition der Fenians, oder der Irish Republican Brotherhood (Irisch Republikanische Bruderschaft), der in den 1860ern gegründet wurde mit dem Ziel "für die Befreiung Irlands von dem Joch Englands und die Schaffung einer freien und selbstständigen Regierung auf irischem Boden einzutreten". Seine Ausgangsbasis war die Arbeiterklasse-- "arbeitende Menschen auf irischen Feldern, Drucker, Schneider, Anstreicher, Erdarbeiter, Hafenarbeiter," stand in einem feindseligen Flugblatt. Die grundsätzlich sozialistischen Tendenzen des Fenianismus wurden während des Land-Krieges 1879-1882 deutlicher zum Ausdruck gebracht. Sie bewiesen, vielleicht zum ersten mal, daß soziale Befreiung untrennbar mit der nationalen Befreiung verbunden ist.
In der Tat, der republikanische Flügel der Sinn Fein drängte die Arbeiter, sich mit ihnen in einer Allianz fortschrittlicher Kräfte für politische Freiheit und die Emanzipation der Arbeiter zu verbünden. "Die zwei Bewegungen stehen auf dem gleichen Fundament, es sind nur unterschiedliche Aussagen der gleichen Grundsätze, sie würden ein natürliches und gegenseitig nützliches Bündnis eingehen." (Irish Freedom, Januar 1913)
Während 1916 kamen beide politische Strömungen zusammen und vereinigten sich explosiv, in dem Versuch, gegen die britische Imperialgewalt über Irland anzugehen.
Auf der einen Seite rückte Connoly die irische Bürgerarmee (Irish Citizen Army ICA) in den Mittelpunkt der nationalen Frage. Auf der anderen Seite griff der Irish Republican Brotherhood IRB, der radikale republikanische Flügel der nationalen Bewegung, die sozialistischen Zielsetzungen Connolly's auf.
Der Krieg zwischen den Imperialisten 1914-1918 führte die IRB und ICA zusammen, auf der Grundlage der alten Losung "Englands Schwierigkeit ist Irlands Gelegenheit". Connoly's anderer Beweggrund war, daß die Arbeiterklasse Europas darangeht, Barrikaden über ganz Europa zu errichten, anstatt sich gegenseitig für den Gewinn von Königen und Kapitalisten abzuschlachten..."

AUFSTAND

Der Aufstand fing am Ostermontag des Jahres 1916 an und dauerte eine Woche, bis er unter dem vollen militärischen Gewicht der britischen Armee zusammenbrach. Währenddem die Arbeiter 1913-14 aufstanden, ehe die nationale Bewegung bereit war, so fand der Osteraufstand 1916 zur Zeit einer geschwächten und demoralisierten Arbeiterklasse statt.
Es wäre in der Tat bloße Spekulation, wollte man annehmen, was passiert wäre, wenn beide Bewegungen gleichzeitig..................
Die Historikerin Emile Strauss schrieb ganz richtig

"die sozialistische Arbeiterbewegung in Irland war nicht weniger eine Geburt des nationalen Kampfes gegen England, als der Kampf für verträgliche Lebensbedingungen."
Dies ist im modernen Zusammenhang bedeutsam, weil die jetzigen Führer der Arbeiterschaft uns die Verbindung der Arbeiterklasse mit dem republikanisch-sozialistischen Traditionan vergessen lassen wollen.
Jede Diskussion in der Arbeiterbewegung über die endgültigen Ziele einer "Arbeiterrepublik" erscheint in der heutigen Gewerkschaftsbürokratie als "mystisch", aber es war das Ziel der früheren ITGWU.

Teil 2 "der Tan-Krieg und danach" folgt.

Übersetzung: Angelika Schmitz

WELTWEITER BEFREIUNGS-KAMPF

SCHOTTLAND

Zu Haftstrafen zwischen fünf und 16 Jahren verurteilte ein Gericht in Glasgow Ende Oktober sieben linksgerichtete Nationalisten. Sie waren nach Ansicht von Richter Lord MacDonald der Verschwörung zur gewalttätigen Durchsetzung der Ziele ihrer „Schottischen Republikanischen Sozialistischen Liga" überführt.

BASKENLAND

Der Abgeordnete der unabhängigen links-nationalistischen Wählerkoalition HERRI BATASUNA im Regionalparlament von Navarro, Fernando Saez, ist nach eigenen Angaben während einer dreiwöchigen Untersuchungshaft von der Polizei gefoltert worden, Beamte hätten ihn mehrfach geschlagen und in die Geschlechtsteile getreten, sagte Saez. Hierdurch habe man die Unterzeichnung einer Erklärung erzwungen, die er später vor dem Richter widerrufen habe.

ELSASS

Die Kriminalpolizei von Mühlhausen (Oberelsaß) durchsuchte Anfang Oktober die Wohnungen von mehreren Verantwortlichen des ökologischen und autonomistischen Senders „Radio grünes Fessenheim". Der Hauptförderer des grünen Senders, der in einem Basler Laboratorium arbeitende Serge Bischof aus Zässingen (Oberelsaß) wurde beim Untersuchungsrichter von Mülhausen vorgeladen. Funkmaterial soll beschlagnahmt worden sein. Radio grünes Fessenheim wurde vor drei Jahren gegründet und war damals hauptsächlich gegen das Kernkraftwerk Fessenheim gerichtet.

INDIANER

Mit einem fünfmonatigen Protestmarsch, der jetzt in Washington zu Ende ging, protestierten etwa 100 nordamerikanische Indianer gegen die ihrer Meinung nach willkürliche Politik des Staates ihrem Volk gegenüber. Die Indianer, die ihren „Marsch für das Leben" am 1. Juni in San Francisco begonnen hatten, wenden sich vor allem gegen Zwangssterilisationen an ihren Frauen. Diese Maßnahme sei zur Senkung der Geburtenrate unter den Indianern ohne die Zustimmung der Frauen geschehen. Die Demonstranten verteilten Kopien einer Regierungsinformation, nach der in den Jahren 1970 bis 1973 3604 indianische Frauen sterilisiert wurden.



Protestierende Indianer zelten vor dem Weißen Haus

SCHOTTLAND

Nationalrevolutionäre Aktivitäten in der Schottischen Nationalistenpartei. Innerhalb der SNP hat sich ein nationalrevolutionärer Arbeitskreis gebildet der die Aktivitäten des „linken" Flügels der SNP koordinieren will. Der Arbeitskreis nennt sich „79er Gruppe". In einer Selbstdarstellung heißt es: „ Zu viele Mitglieder der SNP glauben, daß die Termini „Rechts" und „Links" für Schottland irrelevant sind, weil die Labour- und Tory- Parteien irrelevant seien. Aber „Links" und „Rechts" bedeutet etwas für die schottischen Wähler. Die Wahlen 1979 zeigten es. Viele Wähler sahen die SNP nicht als Alternative an, weil sie nicht wußten, welche Alternative die SNP darstellte. Die 79er Gruppe besteht aus Nationalisten, die die Unabhängigkeit Schottlands anstreben und die die Interessen der Schottischen Arbeiterklasse wahrnehmen wollen. Die 79er Gruppe steht auf der ‚linken' Seite des politischen Spektrums. Radikaler und konsequenter als manch andere Gruppierung werden wir die Unabhängigkeit anstreben. Wir glauben, daß Wohlfahrt und Macht in Schottland gerecht verteilt werden muß. Ebenso bekämpfen wir Privilegien im Bildungs- und Gesundheitswesen. Wir glauben daran, daß die SNP sich zu einer ‚linken' Alternative entwickeln muß und wird". Es bleibt zu wünschen, daß den jungen nationalrevolutionären Aktivisten in Schottland nicht nur innerparteilich Erfolg beschieden sein wird.

TSCHECHEI

Wegen eines angeblich subversiven Liedes ist der Tscheche Karel Soukup (29), Mitglied des Sprecherkollektiv der Bürgerrechtsbewegung „Charta 77", am Samstag zu zehn Monaten Gefängnis verurteilt worden, wurde aus „Charta"-Kreisen in Prag bekannt. Soukup will gegen das Urteil Berufung einlegen. Aus Protest traten er und seine Frau und eine Reihe von Freunden in einen Hungerstreik.

ESTLAND

Zu offenen Demonstrationen von Tausenden von Schülern kam es in der estnischen Hauptstadt Reval, von den Besatzern Tallin genannt. Die Demonstrationen richteten sich gegen einen brutalen Einsatz der sowjetischen Polizei gegen ein Pop-Konzert, auf dem die Musikgruppe „Propeller" vor zehntausend Jugendlichen progressive Texte mit nationalistischem Einschlag vorgetragen hat. Die jugendlichen Demonstranten zogen mit der blau-schwarz-weißen estnischen Fahne zum Gebäude der Regierung und forderten „Russen raus". Die sowjetische Ordnungsmacht reagierte hart auf die jugendliche Widerstandsbewegung gegen den sowjetischen Staat. Hunderte von Schülern wurden ihrer Schule verwiesen, mehr als 200 Demonstranten wurden verhaftet. Der sowjet-estnische Innenminister Tibar kündigte harte Strafen für den Fall an, wenn sich die Protestaktionen wiederholen sollten.

FLANDERN

Anläßlich des 150jährigen Bestehens des Staates Belgiens zeigte die Organisation ARBEID - Flämisch Sozialistische Bewegung - ihre Verachtung gegenüber dem belgischen Staat. Als flämisch-progressive Bewegung fordert ARBEID Selbstbestimmung für Flandern und Wallonien, sowie die Selbstbestimmung über die Produktionsmittel für die flämische und wallonische Arbeiterklasse. ARBEID lehnt den sogenannten „demokratischen Zentralismus" ab und fordert die Verwirklichung eines Basissozialismus. In verschiedenen Aktivitäten machte ARBEID deutlich, daß sie sich als sozialistisch-linksnationalistische Kontrapunkt zu den probelgischen bürgerlichen Kräften versteht.



ARBEID: 150 Jahre Belgien sind genug

BOLIVIEN

Im Hamburger Gerneralkonsulat weht die rot-gelb-grüne Flagge Boliviens auf halbmast. Der ehemalige bolivanische Generalkonsul will seinen Posten nicht Räumen, aus Protest gegen das neue reaktionäre und kapitalistische Militärregime in Bolivien, welches die Interessen der Großgrundbesitzer vertritt, die Interessen der Mehrheit der Bevölkerung aber mit Füßen tritt.. Sanchez ist Mitglied der „Movimento Nacionalista Revolucionario" und will solange aktiv gegen das bolvianische Militärregime kämpfen, bis „die Demokratie in Bolivien wiederhergestellt ist".

IRLAND

Streik bis zum Tode. Sieben irische Nationalisten und Mitglieder der Irisch-Republikanischen Bewegung IRA, zu hohen Kerkerstrafen von den britischen Besatzungsbehörden in Nordirland verurteilt, sind in den Hungerstreik getreten, den sie bis zum Tode fortführen wollen, sollten die britischen Behörden ihnen nicht den Status eines „politischen Häftlings" einräumen. Die Hungerstreikenden sind im Alter zwischen 25 und 32 Jahren und haben ihre Entschlossenheit bekräftigt den Streik entweder bis zum Tod oder bis zum Sieg zu führen. Bislang zeigt sich die britische Regierung fest entschlossen, nicht nachzugeben. Der Hungerstreik der sieben IRA-Militanten wird unterstützt durch einen „Hygiene-Streik" den 350-Mithäftlinge des „H-Traktes" mittragen. Die Häftlinge weigern sich, ihre Zellen zu säubern und die sanitären Anlagen des Gefängnisses zu benutzen.

SINN FEIN die nationalrevolutionäre Bewegung in Nordirland unterstützt aktiv die H-Blockbewegung und ruft weltweit zu Solidaritätsaktionen auf. Zustimmung und Solidarität mit der Protestbewegung der H-Block-Häftlinge, die gezielt gegen die „Kolonialregierung und Besatzungsarmee" der Brirten gerichtet ist, kommt aus allen Teilen der Welt. Auch die westdeutschen Nationalrevolutionäre fordern auf den Kampf der H-Block Gefangenen ideel und materiell zu unterstützen. Spenden sind zu richten an:
H-Block Appeal Fund, 51/53 Falls Road, Belfast, IRELAND



Laßt die irischen Gefangenen nicht sterben


Leo Green


Ray McCartney


Brendan Hughes


Tommy McKearney


John Nixon


Tom McFeeley


Sean McKenna

TSCHECHEI

Die Sprecher der Oppositionsbewegung „Charta 77" bitten in einem Brief um Hilfe für das seit Juni in Untersuchungshaft gehaltene „Charta"-Mitglied Rudolf Battek. Eine Kopie des Schreibens wurde Mitte Oktober westlichen Korrespondenten in Prag übergeben. Die Sprecher erklärten in dem Schreiben, Battek werde festgehalten, obwohl die Haft offiziell nicht verlängert worden sei. Der Staatanwalt reagiere mit Ausflüchten auf Anfragen der Familienangehörigen.

POLEN

Widerstand gegen die Anwesenheit sowjetischer Institutionen in Polen. Im Warschauer Büro der sowjetischen Luftfahrtgesellschaft Aeroflot ist zu nächtlicher Stunde Ende Oktober ein Feuer ausgebrochen. Dem Brand ist eine Explosion vorausgegangen. In den Büro der Aeroflot ist erheblicher Sachschaden entstanden.

ELSASS

Aktivisten der Autonomisten-Bewegung haben Mitte Oktober erneut in Breitenbach im Unterelsaß französische Straßen- und Flurnamen auf Elsässisch übermalt. Gleichzeitig wurde das Dorf wiederum auf den Ein- und Ausfahrtsschildern in „Large Riviere", die wörtliche Übersetzung von Breitenbach, umgetauft. Mehrere Jahre bereits protestieren Anhänger der Zweisprachigkeit gegen die exclusive Verwendung des französischen für die Bezeichnung der Straßen und Gassen dieser an der Sprachengrenze liegenden Ortschaft.

DDR-Impressionen

von Roland Paulv

Die Situation im Ostblock ist nach wie vor angespannt. Nach den Streiks in Polen und den zum Teil vorrevolutionären Tendenzen in der Sowjetunion wird es Zeit, die Stimmung in der DDR zu analysieren.
Wie reagiert die Bevölkerung der DDR auf die Erhöhung der Umtauschsätze, den Arbeiteraufstand Polens, die Schülerdemonstration in Litauen, den Partisanenkampf der Afghanen...

Wie ist die Stimmung der mitteldeutschen Bevölkerung nach all diesen Ereignissen. Über diese Fragen soll der nachfolgende Situationsbericht Aufschluß geben.

Nach mehreren Gesprächen mit Bewohnern der DDR, habe ich diesen Bericht geschrieben. Meine Gesprächspartner möchten aus verständlichen Gründen ungenannt bleiben. Sie haben mit solcher Eindringlichkeit und Ehrlichkeit die Situation, ihre persönlichen Erfahrungen und Erlebnisse geschildert, daß ich mich hier an dieser Stelle nochmals bedanken möchte.

Da ein Großteil der DDR-Bevölkerung das westliche Fernsehen und verschiedene Rundfunksender empfangen können, sind sie gemessen an DDR-verhältnissen recht gut informiert. Gerade in der Jugend macht sich deshalb mehr und mehr ein kritisches Bewußtsein breit. Den staatlichen organisationen, der Einheitspartei SED und der Staatsjugend FDJ stehen sie kritisch, oft sogar ablehnend gegenüber, daß sie dennoch überwiegend Mitglieder in diesen Organisationen sind, lässt sich leicht erklären: Ohne Mitgliedschaft in der FDJ ist es zum Beispiel unmöglich ein Studium durchzu-



geteiltes Land

führen. Alle besseren Lehrstellen werden grundsätzlich nur an FDJ-MItglieder vergeben. Allerdings identifizieren sich die Wenigsten mit diesen staatlichen Organisationen. Die Jugendlichen in der DDR sehen die Mitgliedschaft in der FDJ oder der SED als eine unbedingte Pflichtübung an, um überhaupt eine Ausbildung durchführen zu können.

Die Jugendlichen in der DDR verstehen sich als Deutsche und wollen unbedingt mit Jugendlichen aus der westdeutschen BRD in Kontakt kommen und in Verbindung treten.

Von einer Russifizierung der mitteldeutschen Bevölkerung kann auf keinen Fall die Rede sein. Die DDR-Jugendlichen sind keine „neuen" DDR-Deutschen, sondern fühlen sich mit den anderen deutschen Staaten als ein Volk. Dies ist direkt vorbildlich im Hinblick auf den amerikanisierten westdeutschen BRD-Staat, indem sich immer mehr verdummte und manipulierte Bürger als „Bundesrepublikaner" verstehen und somit ihre nationale Identität bereits verloren haben.

Die Bespitzelung in der DDR ist schon fast perfekt. Das 1984 des George Orwell (visionärer Zukunftsroman der die totale Unterdrückung und Bespitzelung der Menschen in bedrückender Weise schildert) so scheint es, ist wirklich nicht mehr weit von der Wirklichkeit entfernt. In den Gesichtern der Menschen sieht man förmlich den Ausdruck von Angst und Bedrückung. Ein falsches, unbedachtes Wort und man verschwindet sang- und klanglos in den Zuchthäusern von Brandenburg oder Cottbus. So auch eine Gruppe Kollegen eines großen Betriebes in Ostberlin. Als sie abends noch zusammen etwas tranken und sich unterhielten, stellten sie das Bild Honeckers auf das in der Wohnzimmerecke stehende Sofa und sangen den bekannten Schlager „Was will der Hund auf dem Sofa...". Die Kollegen wurden von einem „schleimenden Emporkömmling", der diese Angelegenheit mitbekommen hatte, verraten. Alle verschwanden wegen sog. „staatsfeindlicher Hetze" im Zuchthaus. Ebenso das Schicksal einer 40 jährigen Kollegin, die nach Erhöhung des Zwangsumtauschsatzes folgendes sagte: „Nun ham se ja wiedermal das Eintrittsgeld in das größte deutsche Zuchthaus erhöht". Auch sie wurde von einem Betriebsspitzel verpfiffen.



Der Denunziant (von Paul Weber)

Manchmal führt der Druck auch zur seelischen „Explosion" und die Menschen schreien, ohne Rücksicht auf die Folgen, das heraus, was sie im Innersten bewegt und bedrückt. So folgender Fall der sich in einem uns genannten Delikatessladen abspielte:

Als mehrere Jugendliche in einem Delikatessladen einkaufen wollten und sich wiederholt über die unzumutbaren Preise ärgerten, schrie einer aus lauter Wut „in diesen Laden sollte man am besten eine Handgranate werfen". Solche Unmutsäußerungen häufen sich mit der Zuspitzung der wirtschaftlichen und politischen Lage.

Allerdings ist das Klima in dem mitteldeutschen Teilstaat DDR nicht mit dem vorrevolutionären Klima in den verschiedenen, von den Sowjets unterdrückten, Völkern zu vergleichen.

Obwohl es überall zu vereinzelten Aktionen kommt (z.B. nach dem Einmarsch in Afghanistan tauchten in Ostberlin antiimperialistische Parolen auf. „Russen raus aus Afghanistan und Europa") sind sich die Menschen ihrer Lage vollkommen bewußt. Ein Jugendlicher formulierte es folgendermaßen: „Zur Zeit können wir überhaupt nichts machen. Vor uns — hinter uns und neben uns stehen sowjetische Panzer. Unsere Stunde kommt erst, wenn das ganze Sowjetimperium wackelt. Allerdings fängt diese Entwicklung schon ganz langsam an."

Solche Aussagen findet man garnicht so selten in der DDR.

Die nationalrevolutionäre Position ist realtiv weit verbreitet. Vielen schwebt ganz klar eine unabhängige, sozialistische und neuvereinigte deutsche Republik vor. Sie sehen dies als eine Alternative zu den Systemen des östlichen Staatskapitalismus und des westlichen Privatkapitalismus.

In verschiedenen Betrieben der DDR kommt es



Bau der Sperrmauer in Berlin

trotzdem immer wieder zu Streiks, die bis jetzt noch immer unterdrückt werden konnten. Die Imperialisten im Kremel und deren Marionetten in Ostberlin haben Angst, daß der polnische „Streikfunken" auf den mitteldeutschen Teilstaat überspringen könnte.

Die wirtschaftliche Lage ist nahezu katastrophal, da viele Produkte der polnischen Bevölkerung untergeschoben werden, um das rebellierende polnische Volk durch eine bessere Versorgung zu beruhigen.

Fleisch gibt es so gut wie überhaupt nicht. Die marxistische Planwirtschaft (besser Zentralverwaltungswirtschaft) funktioniert nicht, da nicht die Arbeiter und Angestellten die Koordination und Planung im Betrieb ausüben, sondern ein praxisferner Planungsstab in der SED. Alles wird von einer Stelle zentral verwaltet und deshalb kann diese Stelle nicht schnell genug auf unvorhergesehene Ereignisse reagieren. Die Arbeiter und Angestellten könnten dies in entsprechenden Selbstverwaltungsräten besser. Die Zentralverwaltungswirtschaft der DDR ist eine einzige Fehlplanung die zwangsläufig zur Mißwirtschaft führt.

Folgende Auswirkungen der Zentralverwaltungswirtschaft müssen die Mitteldeutschen in der DDR Tag für Tag erleben:

Es fehlt dauernd an den notwendigsten und alltäglichsten Dingen. Wenn zum Beispiel eine übermenge Nähmaschinen angeboten wird, fehlt garantiert monatelang das Nähgarn. Ersatzteile sind sogut wie garnicht oder nur über „Freunde" in den Verteilerstellen zu haben.

Der Schwarzmarkt blüht und geht mit der Korruption Hand in Hand. Die Vetternwirtschaft ist weit verbreitet. Selbst die Grundnahrungsmittel sind von solch schlechter Qualität, wie wir sie nur unseren Schweinen vorsetzen würden. Die Brötchen sind grundsätzlich nach einer halben Stunde ausverkauft und es gibt auch nur eine Sorte Brot. An Schlangen die oft meterlang sind hat sich sowieso schon jeder DDR-Beobachter gewöhnt. Wenn man eine Herrenhose in den normalen Größen kaufen möchte, dann muß man sich ca. eine Woche Zeit nehmen und Geschäfte in mehreren Städten aufsuchen.

Und so könnte ich noch einige Seiten weiterschreiben. Ich betone nochmals, das sind alles Aussagen von Bewohnern des mitteldeutschen Teilstaates DDR und keineswegs meine ganz persönlichen Eindrücke einer DDR-Reise.

Als Abschluß meines Berichtes möchte ich noch ein „Mauererlebnis" einer älteren Mitteldeutschen schildern.

Durch Zufall ist meine Informantin eines Tages unmittelbar in den Sperrbereich vor der Mauer gelangt. Sie berichtete mir mit Tränen in den Augen von diesem schockierenden Erlebnis. Sie sah die riesigen Sperranlagen, die Mauer, den Minengürtel, die Selbstschußanlagen und die Bluthunde, die nur in kurzen Abständen voneinander getrennt waren und an Ketten ständig auf und ab liefen. Diese Tiere bekommen täglich nur eine kleine Portion Fleisch und sind daher total abgehungert und somit „scharf".

Man kann sich nur wundern, welche Anstrengungen die Imperialisten unternehmen, um die mitteldeutsche Bevölkerung in Schach zu halten.

Antiimperialistische Solidarität der Völker

Basisdemokratie in Libyen

Warum beschäftigen sich Nationalrevolutionäre und Grüne mit dem Modell Libyen? Eine Frage, die in letzter Zeit häufig gestellt wird, oft mit gerunzelter Sitrn und zweifelndem Unterton. Unverständnis mischt sich mit intelektueller Beruhungsangst. Die pseudoliberale Toleranz allem gedanklich Neuen, allem Ungewohnten gegenüber, dessen so mancher sich als „fortschrittlich" bezeichnende Zeitgenosse bei anderen Gelegenheiten gerne rühmt, scheint urplötzlich wie weggewischt. Die Propagandamaschinierie, das herrschende Medienkartell in der BRD hat „saubere" Arbeit geleistet. Keine Schandtat scheint übel genug, daß sie Kadhafi und den libyschen Revolutionskomitees nicht angedichtet werden könnte. Über kaum ein anderes Land wird in unseren Medien so unsachlich berichtet wie über Libyen.

Natürlich reizt die schillernde Person des Oberst Muammer al Kadhafi zum journalistischen Fabulieren, doch damit alleine können die abwegigsten Phantastereien zum Thema Libyen und Kadhafi im bundesdeutschen Blätterwald nicht erklärt werden. Es steckt mehr dahinter! Eindeutig machtpolitisches Zweckdenken, das von der gedanklichen Voraussetzung ausgeht, durch psychologische Disqualifizierung der libyschen Revolutionäre die Saat der Uneinigkeit ins arabische Lager streuen zu können. Daß man sich zu diesem Zweck gerade Libyen und Kadhafi ausgesucht hat, entspringt natürlich keiner Zufallslaune eines Chefpropagandisten, sondern beruht auf der Erkenntnis, daß die libyschen Revolutionäre am konsequentesten die Idee von der Einheit der arabischen Nation verfechten. Arabischer Nationalismus aber ist das letzte, was sich die Imperialisten in Ost und West wünschen. Arabischer Nationalismus, das heißt in erster Linie, daß sich die Araber ihrer gemeinsamen Geschichte und Tradition, ihrer gemeinsamen Sprache und Kultur bewußt werden, ein neues Selbstbewußtsein gewinnen und zu einer machtpolitischen Einheit finden. Unabhängigkeit von den Supermächten, ja sogar Gegengewicht zu den Supermächten wäre die Folge. Die Zementierung des politischen Status quo, begänne zu bröckeln, das Gleichgewicht der unterdrückenden Machtblöcke von US- und Sowjetimperialismus käme ins Wanken.



Revolutionsführer Moammar El Kadhafi

Alles dies ist den Marionetten-Schreiberlingen, die den arabischen Nationalisten Kadhafi ununterbrochen angreifen natürlich bekannt. Die Uneinigkeit im arabischen Lager macht es den Journalisten zudem leicht, Fakten und die Zerrbilder eigenen Wunschdenkens zu einem undurchsichtigen Brei zu vermengen. Zunehmend stößt man aber auf die Schwierigkeit, den Nationalismus als etwas grundsätzlich satanisches dem Leser verkaufen zu können. Das Aufbegehren der Völker der Dritten Welt wie auch der unterdrückten Völker in Europa nimmt immer deutlicher nationalistische Konturen an. Und dieser Nationalismus hat emanzipatorischen Charakter, er richtet sich gegen den Imperialismus, gegen die Unterdrückung und Fremdbestimmung. Das merkt das Volk, und das merkt auch der letzte Schreibstubenhengst in der hintersten Redaktionsstube. Also versucht man es in der BRD mit einem anderen Dreh. Die Volksrepublik Libyen sei der arabische Vorposten des sowjetischen Imperialismus, Kadhafi der Lakai Moskaus. So einfach ist das also, wer nicht dem Sternenbanner zujubelt und sich nicht kniefällig der Gunst der Dollar-Imperialisten unterwirft, steht im andern imperialistischen Lager. Politische Schwarz-Weiß-Malerei für Denkfaule!

In dem libyschen Monatsmagazin Al-Rassed wird

die außenpolitische Orientierung der jungen libyschen Republik klar und unmißverständlich zum Ausdruck gebracht: „Die libysche Außenpolitik ist ziemlich umstritten. Sie gilt als exzentrisch, als radikal, als unversöhnlich. Nun, die das behaupten, gehen von falschen Voraussetzungen aus. Sie machen sich nicht die Mühe zu studieren, von welchen Bedingungen aus in Libyen Außenpolitik gemacht wird. Tatsache ist: erst die pax amerikana zwischen Ägypten und Israel hat den lang gehaltenen Kurs Libyens zwischen den Supermächten leicht geändert. Aber nicht weil sich Libyen plötzlich zu Moskau wirklich hingezogen fühlte, nein, es ist ein Manöver gegen eine zu einseitig ausgerichtete Politik der westlichen Supermacht. Gerade jetzt, während immer deutlicher wird, wie festgefahren die Gespräche über die Autonomie der Palästinenser sind, gerade jetzt, während das israelische Parlament provokativ die juristische Annexion ganz Jerusalems beschloß, gerade jetzt, in einer weltweiten explosiven Lage, geht es mehr denn je um Gespräche, um Zusammenarbeit. An Moskau kann keiner vorbei. Man kann es auch anders ausdrücken: das einseitige Insistieren Washingtons auf die ägyptisch-israelischen Gespräche, hat Moskau, das eigentlich schon aus dem Nahen Osten verdrängt war, wieder ins Spiel gebracht. Welche Umkehrung des Gewollten. Die libysche Außenpolitik aber hält trotzdem an strikter Blockfreiheit fest."

Dieses Bekenntnis zur Unabhängigkeit ist glaubhaft, denn es erwuchs aus den Erfahrungen einer langen und leidvollen Geschichte des über Jahrhunderte kolonisierten Volkes von Libyen. Wer sich die kolonialistische Barbarei der Besatzungsmächte auf libyschem Boden vergegenwärtigt, der versteht, daß dieses Volk ein feines Gespür für Unterdrükkungsversuche ausländischer Mächte entwickelt hat, der versteht auch den unbedingten Willen zu einer eigenständigen gesellschaftlichen Entwicklung, frei von jeder Beeinflussung durch westliche und östliche Imperialisten. Die Behauptung, Libyen sei der verlängerte Arm Moskaus im Norden Afrikas entbehrt also jeder Grundlage. Dem außenpolitisch konsequent vertretenen Kurs der Blockfreiheit Libyens entspricht in der Innenpolitik der Aufbau eines eigenständigen Sozialismus. Die theoretische Grundlage dieses dritten Weges zwischen Kapitalismus und Kommunismus, zwischen Ost und West ist in dem „GRÜNEN BUCH" von Muammar Al-Kadhafi niedergelegt. Kadhafi postuliert hierin eine Kombination von direkter Demokratie



Vorstellung der Ideen des GRÜNEN BUCHES auf dem Paris-Seminar

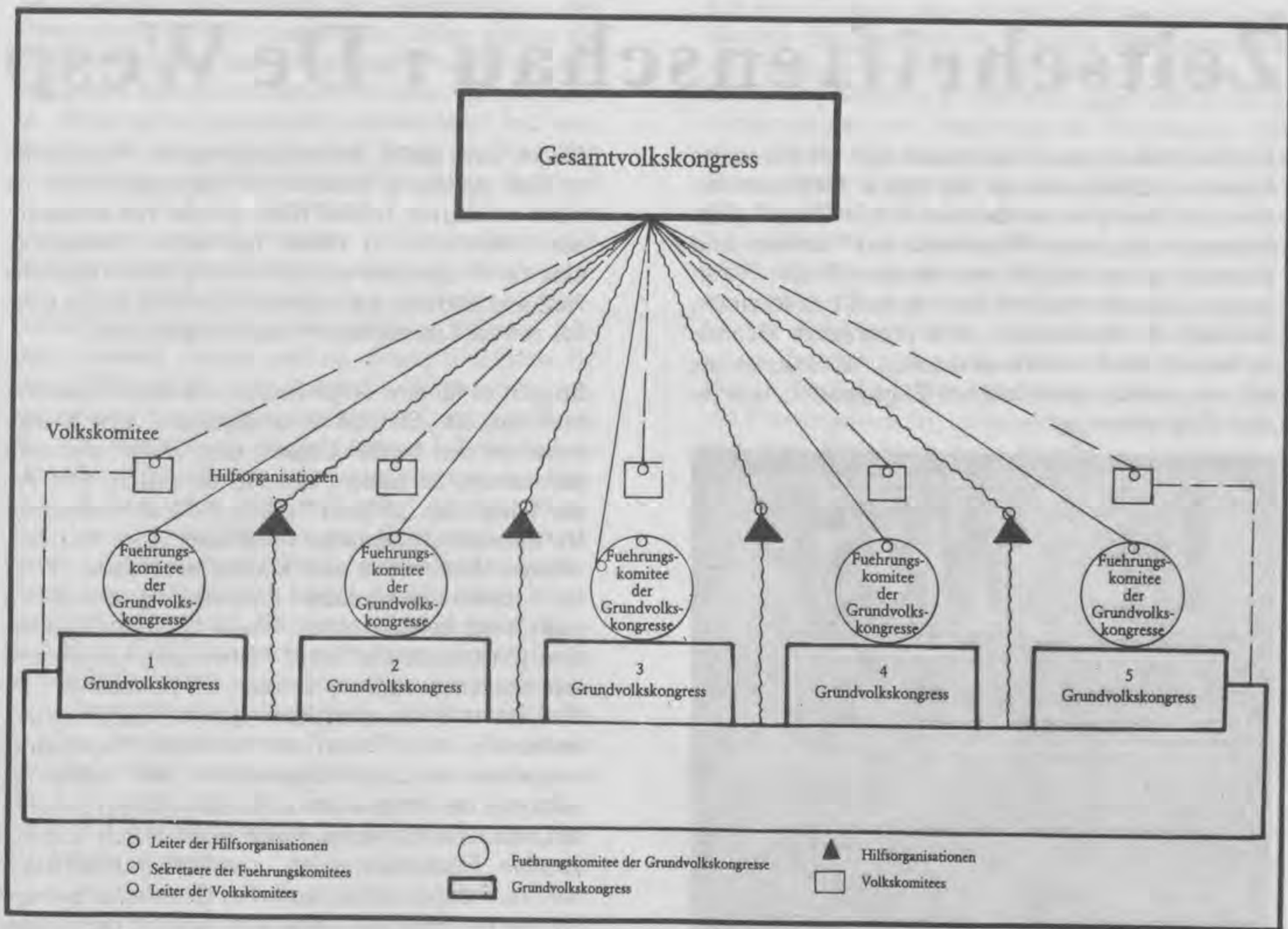
und sozialistischer Gesellschaftsordnung, die umfassende Befreiung des Menschen von politischer und ökonomischer Fremdbestimmung. Die direkte Demokratie, wie sie die traditionellen Stammesgesellschaft der Beduinen kannte, ist nach Kadhafi ein universell anwendbares Prinzip menschlichen Zusammenlebens, ja geradezu die Voraussetzung für eine freie Entwicklung der Gesellschaft. Deshalb widmet er sich im 1. Kapitel des „Grünen Buches" der Lösung des Demokratienproblems, es ist die politische Grundlage der sog. „Dritten Universaltheorie'"



Parlamente und parlamentarische Regierungen werden, da sie das Volk repräsentieren, als dem eigentlichen Gedanken der Demokratie feindlich angesehen. Demokratie sei die Macht des Volkes, Repräsentation dagegen die Macht an Stelle des Volkes. Die Beteiligung an der Machtausübung, an den Entscheidungen, die das gesellschaftliche Leben insgesamt und das Leben jedes Einzelnen im besonderen beeinflussen und regeln, sei dem Volk verwehrt. Die parlamentarischen Repräsentanten herrschen, schalten und walten nach eigenen Gutdünken, die politische Bedeutung der Massen reduziert sich auf das Ankreuzen eines Namens oder einer Partei im Turnus von vier oder mehr Jahren. Ironie der Herrschenden, dieses Kreuzchen-Malen als „Volksherrschaft" zu bezeichnen. Kadhafi hat hier tatsächlich das Urübel der pseudodemokratischen Systeme entlarvt. Der Aufbau repressiver Ordnungsstrukturen, die Zwangsläufigkeit, Manipulationsmittel gegen das Wählervolk zum Zwecke des Stimmenfangs einsetzen zu müssen, die Notwendigkeit, jede basisdemokratische Opposition im Keime zu erstricken und als verfassungsfeindlich zu bezeichnen, Schnüffelstaat und Berufsverbote, all dies sind die logischen Folgewirkungen von Machtzusammenballungen in den Händen weniger Repräsentanten.

Gegen diese Entartungen kann man lauthals schimpfen, man kann nach Reformen rufen, Resolutionen verfassen, Protestmärsche durchführen, so lange die gesellschaftliche Struktur jedoch nicht radikal im Sinne basisdemokratischer Prinzipien verändert wird, solange wird es ein Unten und Oben geben, solange wird regiert, geherrscht, geknüppelt. Diese Überlegungen haben Kadhafi dazu geführt, ein basisdemokratisches Organisationskonzept zu entwerfen. Die bestehenden Widersprüche in der Gesellschaft ließen sich nur über die direkte Demokratie auflösen, die geeigneten Instrumente zur Durchführung und Umsetzung basisdemokratischer Entscheidungen seien VOLKSKONGRESSE und VOLKSKOMITEES. Deren Funktion erläutert Kadhafi in seinem „Grünen Buch": „Als erstes organisiert sich das Volk auf Volkskongressen an der Basis. Jeder Volkskongreß an der Basis wählt sein Arbeitskomitee. Die Arbeiterkomitees bilden zusammen Volkskongresse für jeden Distrikt. Dann wählen die Massen dieser Volkskongresse an der Basis Verwaltungskomitees des Volkes, um die „Verwaltung" durch die Regierung zu ersetzen. So werden alle öffentlichen Einrichtungen von den Verwaltungskomitees geleitet, die den Volkskongressen an der Basis verantwortlich sind und die die von den Verwaltungskomitees auszuführende Politik festlegen und ihre Ausführung kontrollieren. Auf diese Weise gelangen sowohl die Verwaltung wie auch deren Kontrolle in die Hände des Volkes.

Alle Bürger, die Mitglieder dieser Volkskongresse sind, gehören ihrem Beruf und ihrer Funktion nach auch verschiedenen Kategorien und Sektoren an, wie Arbeiter, Bauern, Studenten, Kaufleute, Handwerker, Beamte und Gelehrte. Sie müssen deshalb zusätzlich zu ihrer Mitgliedschaft in den Volkskongressen an der Basis oder in den Volkskomitees ihre eigenen Gewerkschaften und Syndikate aufbauen. Die in den Volkskongressen an der Basis oder in den Volkskomitees, den Syndikaten und Gewerkschaften diskutierten Themen werden ihre endgültige Form im Generalkongreß des Volkes annehmen, in dem Arbeitsgruppen der Volkskongresse, der Volkskomitees, der Syndikate und der Gewerkschaften zusammentreffen. Das, was in dem jährlich zusammentretenden Generalkongreß des Volkes behandelt wird, wird umgekehrt den Volkskongressen, den Volkskomitees, den Syndikaten und Gewerkschaften vorgelegt. Die den Volkskongressen an der Basis verantwortlichen Volkskomitees werden dann mit der Ausführung beginnen.Der



Generalkongreß des Volkes ist keine Versammlung von Mitgliedern oder gewöhnlichen Personen wie im Fall der Parlamente. Er ist eine Versammlung der Volkskongresse an der Basis, der Volkskomitees, der Gewerkschaften, der Syndikate und aller beruflichen Zusammenschlüsse."

Dieses Konzept einer basisdemokratisch organisierten Gesellschaftsordnung befindet sich in Libyen noch im Experimentierstadium. Sicherlich werden mit der Zeit Korrekturen vorgenommen, man wird Erfahrungen sammeln, Toleranz lernen und das demokratische Bewußtsein permanent entwickeln. Und das ist der Grund, weshalb Nationalrevolutionäre und Grüne, die die Forderung nach Basisdemokratie in ihr Programm aufgenommen haben, den Versuch des libyschen Volkes, den pyramidalen Aufbau ihrer alten, überlebten Gesellschaft zu revolutionieren, aufmerksam verfolgen sollten. Das „Grüne Buch" Kadhafis und die dort dargestellten Losungsvorschläge des Demokratieproblems können uns wertvolle gedankliche Anregungen geben, denn bisher waren die Vorstellungen der deutschen Alternativbewegung über die Formen der geforderten Basisdemokratie und über die konkreten Inhalte dieser visionären Gesellschaftsordnung äußerst vage, sogar dürftig.
Es bleibt zu hoffen, daß sich Nationalrevolutionäre und Grüne nicht von dem Medienkartell der Herrschenden beeinflussen lassen, denn die Funktion der etablierten Presse, des Rundfunks und des Fernsehns war seit jeher die der Machtstabilisierung im Staat. Theorie und Praxis der libyschen Revolution verdienen jedenfalls eine objektive Beurteilung. Unsere Zeitschrift wird auch weiterhin das libysche Modell einer Verbindung von Basisdemokratie und Sozialismus mit Interesse beobachten.

Ralf Laubenheimer

Friede kann, wenn er auf Dauer errichtet sein soll, weder auf Macht noch auf dem Gleichgewicht der Kräfte oder auf Terror gegründet sein – er kann nur auf Gerechtigkeit basieren.

GAMAL ABDEL NASSER

Zeitschriftenschau : De Wesp

Ein Stacheltier macht seit einem Jahr die flämische Presselandschaft unsicher: im Januar 1980 erschien die erste Nummer der Zeitschrift „De Wesp". Drei Vertreter der linken Prominenz aus Flandern und Friesland gaben in Geleitworten dem Projekt ihren Segen. „Unsere Ansicht ist", so heißt es in einem Vorwort der Redaktion, „eine progressive Monatszeitschrift für Flandern zu machen. Wir stützen uns auf ein radikal sozialistisches Engagement, fern jedem Dogmatismus."



„De Wesp" wird herausgegeben von einer linksnationalistischen flämischen Organisation, „Arbeit-VSB" (Vlaamse Socialistische Beweging), die seit ihrer Gründung im Herbst 1972 versucht, den flämischen Nationalismus mit einer progressiven, sozialistischen Perspektive zu verbinden. Sie setzt damit eine verschüttete Tradition fort. Immer wieder, vor allem während der Zwischenkriegszeit, hat es Grenzgänger gegeben, Wanderer zwischen den beiden Welten des flämischen Nationalismus und des Sozialismus, die aber außer vergilbten Zeitschriften und Broschüren kaum nennenswertes hinterließen. Die Linke und der Nationalismus in Flandern stehen einander traditionell mißtrauisch, wenn nicht feindselig gegenüber. Auch die heutige flämische nationalistische Partei, die Volksunie, zählt in ihren Reihen, neben einem progressiven Flügel, eine ganze Reihe ausgemachter Reaktionäre. Das politische Gesicht des Flamingantismus ist nicht eindeutig. Immer noch gibt es viel abgestandene Romantik in dieser flämischen Bewegung, eine für Progressive schlechterdings unverträgliche Nationalfolklore, wie man sie alljährlich in Diksmuide auf der IJzerbedevaart besichtigen kann.

So gibt es für eine Organisation, die sich vorgenommen hat, als „Sensibilisierungsgruppe" eine Brücke zwischen den beiden Lagern, dem linken und dem flämischen, zu bilden, alle Hände voll zu tun. An der Wiege von „Arbeid" stand 1972 eine Handvoll Versprengter, ehemalige Mitglieder eines rechtsradikalen Vereins mit dem klingenden Namen „Were Di", deren persönliche Entwicklung allmählich nach links geführt hatte. Heute hat die Organisation Ortsgruppen in Gent, Antwerpen, Löwen und seit neuestem auch in Brüssel. Ihr politischer Einfluß ist natürlich quantitativ schwer auszumachen. Immerhin ist in Teilen der flämischen Bewegung, vor allem der Jugendorganisation der Volksunie, während der letzten Jahre das Bewußtsein gewachsen, daß die flämische Frage nicht durch administrative Flickschustereien, sondern grundsätzlich nur im Rahmen einer radikalen Gesellschaftsveränderung zu lösen ist. Umgekehrt scheint bei einigen Persönlichkeiten und Gruppen der Linken die Berührungsangst mit allem, was nach flämischer Bewegung riecht, merklich gesunken. Teilweise wird „Arbeid" dazu sein Scherflein beigetragen haben.

Von Anfang an hat „Arbeid" ein gleichnamiges monatliches Informationsblatt herausgegeben, das zuletzt in einer Auflage von etwa 2000 erschien. Die Aufmachung war immer sehr schlicht, manchmal, je nach Laune des Layouters, fast lieblos. Daneben erschien ab Ende 1975 eine vierteljährliche Zeitschrift, „Meervoud", die sich ausschließlich mit nationalen Befreiungsbewegungen in Westeuropa beschäftigte. „Meervoud" erschien seit 1979 zweimonatlich, mit leicht verändertem Format und in fotomechanischem Satz. In gleicher Aufmachung wurde einige Monate später „De Wesp" herausgegeben. Es hat öfters Diskussionen innerhalb von „Arbeid" gegeben, ob die Gruppe sich zwei aufwendige Zeitschriften leisten könne. Das Ergebnis der Debatte war in der Mainummer der „Wesp" nachzulesen: „Meervoud" wurde eingestellt und der alte Mitarbeiterstab des Blattes der „Wesp" zugeschlagen. Diese hat seither zwei Redaktionen: eine Inlandsredaktion in Gent und eine weitere für internationale Angelegenheiten — die alte Meervoud-Redaktion — in Löwen.

Der inhaltliche Schwerpunkt der neuen Zeitschrift

liegt natürlich im Bereich der Innenpolitik – der flämischen, nicht der belgischen. Daher gehört die Berichterstattung über Französisch-Flandern in diese Sparte. Bisher erschien ein Artikel über die dritte „Vlaemsche Zomervolkshoogeschoole" in Hazebroek und ein Interview mit Regis de Mol, dem Vorsitzenden der französisch-flämischen Autonomistenorganisation „Menschen Lyk Wyser". Ein Dossier und mehrere kleinere Artikel befassen sich mit der zwischen Flandern und Wallonien strittigen Voerstreek. Wiederholte schwere Straßenschlachten haben sie zum heißesten Pflaster Belgiens werden lassen, und zu einem Glücksfall für die „Rijkswacht", die belgische Bürgerkriegspolizei: wo sonst gibt es ein so ideales Exerziergelände für die Ausbildung am Schlagstock? Zwei andere Dossiers beschäftigen sich mit alternativen Sendern, sogenannten „Freien Radios", und der Situation von Wehrpflichtigen und Kriegsdienstverweigerern. Einen weiteren Schwerpunkt im inhaltichen Programm der „Wesp" bildet die Studentenbewegungen, in der einige Mitglieder von „Arheid" führend tätig sind. Mit gleichem Interesse verfolgt man schließlich progressive Entwicklungen innerhalb der flämisch-nationalistischen „Volksunie". So brachte bereits die erste Nummer der „Wesp" ein Manifest einer innerparteilischen Oppositionsgruppe, und einige Ausgaben weiter erschien ein Interview mit Freddy Seghers, dem Vorsitzenden der Volksunie jongeren.

Ein Gegenstand, dem man der Not gehorchend, aber auch demeigenen Triebe viel Aufmerksamkeit schenkt, sind die verschiedenen extremkonservativen und faschistischen Gruppierungen, die sich am äußersten rechten Rand der flämischen Bewegung tummeln und von denen es immer wieder Erheiterndes und weniger Erheiterndes zu berichten gibt. Der Rechtsradikalismus in Flandern hat zwei verschiedene Wurzeln. Da ist einmal die Tradition der Kollaboration mit den Nazibesatzern im Zeichen von Antikommunismus und germanischer Solidarität, von der heute faschistische Gruppen wie die VMO und Were Di zehren. Zu meinen frühesten flämischen Erfahrungen zählt ein Löwener Student, der mir sein Bedauern ausdrückte über den Untergang der faschistischen Wehrmacht als der „gewaltigsten Kriegsmaschine gegen den Bolschewismus". Ein zweiter Brutherd rechtsradikaler Gesinnung ist wesentlich gefährlicher, da er weitere Kreise romantisch angehauchter Flaminganten infiziert: die Sympahtie für die Rassisten in Südafrika als „stammverwandtes" niederländisches Brudervolk. Prominente flämische Politiker aus der Volksunie und der christdemokratischen Partei zählen zu den Mitgliedern des exklusiven Apartheidfanclub „Protea". Und noch immer werden auf flämischen Kundgebungen die „drei Nationalhymnen des niederländischen Stammes" gesungen, nämlich neben dem „Vlaamse Leeuw" und dem „Wilhelmus van Nassouwe" auch noch „Die Stem van Suid-Afrika"...

Für eine Gruppe wie „Arbeid", die als linke Organisation den Rechten die flämische Bewegung streitig macht, ist es natürlich besonders wichtig, unzweideutig Stellung zu beziehen gegen alle extremkonservativen und faschistischen Positionen. Für die eigene Glaubwürdigkeit gegenüber anderen Gruppen der Linken ist das unerläßlich – und zugleich wird damit der Verseuchung des flämischen Nationalismus mit derlei Gedankengut entgegengewirkt. So demonstrierten Mitglieder von „Arbeid" im Verein mit anderen flämischen Progressiven im letzten April auf dem „Allgemeinen Niederländischen Sangfest", das neben der IJzerbedevaart der zweite jährliche Höhepunkt im Leben eines biederen Flaminganten ist, lautstark gegen das Südafrikalied. Ein Bericht über das Sangfest – Originalton: „ein weltfremdes und anachronistisches Spektakel" – und die Aktion erschien in der Mainummer von „De Wesp". In einem anderen Atikel in der ersten Ausgabe der Zeitschrift wurden die Verbindungen des reaktionären „Komitees für Französisch-Flandern" mit „P rotea" und neofaschistischen Organisationen unter die Lupe genommen. Und in der Septembernummer findet sich ein Artikel, der unter der Überschrift „De internationale van de koppelriem" auf die verschiedenen dubiosen Pilgergruppen zu sprechen kommt, die sich von der jährlichen Wallfahrt an die IJzer angezogen fühlen, und unter denen, neben protestantischen Extremisten aus Nordirland, die deutsche Wikingjugend, die antisemitischen Bombenleger von der französischen FANE und die spanische „Fuerza Nueva" vertreten sind. Unter der Rubrik „Uit het rijke Vlaamse leven" werden schließlich in fast jeder Nummer der „Wesp" neuigkeiten aus der rechtsradikalen Szene verbraten. Soviel Aufmerksamkeit bleibt natürlich nicht unerwidert. So entlarvte schon vor einigen Jahren die solidaristische Zeitschrift „Alternatief" „Arbeid" als homosexuelle Tarnorganisation...

Auf internationalem Gebiet ist natürlich Wallonien ein Hauptgegenstand des Interesses. Bereits in der ersten Nummer der „Wesp" erschien ein Artikel über die wallonische Neue Linke, und in der Märzausgabe war den südlichen Nachbarn ein ganzes Dossier gewidmet. Holländische Zustände wurden beleuchtet mit Berichten über Kriegsdienstverweigerung in den Niederlanden und die Hausbesetzerbewegung in Amsterdam. Sowjetische Innen- und Außenpolitik stand im Mittelpunkt der Februarnummer mit einem Artikel über die demokratische Opposition in der UdSSR und einem weiteren über Afghanistan. Nachdem die Zeitschrift „Meervoud" ihr Erscheinen eingestellt hatte, kamen Probleme des westeuropäischen Autonomismus und Regionalismus in der „Wesp" verstärkt zur Sprache. Im Mai erschien ein Artikel über Schottland, in der Augustnummer ein Dossier über die deutschsprachigen belgischen Ostkantone und ein Bericht über Korsika, in der letzten Ausgabe schließlich stand

ein Stück über bretonische Gefangene in Frankreich.

Das Wichtigste ist damit gesagt. Man könnte noch auf einige theoretische Artikel hinweisen, die bisher erschienen sind, auf Buchbesprechungen und kulturelle Beiträge. Als Ende des vorigen Jahrhunderts die Alldeutschen ihr Herz für Flandern entdeckten, forderten sie die die Einführung des Niederländischen als Unterrichtsfach auf deutschen Schulen, um so eine kulturelle Annäherung als Vorbedingung der politischen zu bewirken. Unter einem anderen Aspekt als dem alldeutschen könnte man bedauern, daß sie damit wenig Anklang gefunden haben. Eine Zeitschrift wie „De Wesp" wäre es jedenfalls wert, auch außerhalb Flanderns gelesen zu werden.

Winfried Dolderer

Zum Tode von A. Paul Weber

Der Zeichner A.Paul Weber ist tot. Im November verstarb der große deutsche Karikaturist im Alter von 87 Jahren. Damit verloren die Nationalrevolutionäre eine ihrer bedeutendsten Persönlichkeiten, einen künstlerischen Sondergänger, einen unbeugsamen Nonkonformisten. Webers Leben war das eines Unruhestifters und Anklägers gegen die satte Behäbigkeit der Mitmenschen, sein Werk ging weit über bloße Zeitkritik hinaus, richtete sich gegen das scheinbar unausmerzbare Übel menschlicher Unterdrükkung und Ausbeutung. Er stand niemals mit der knochenweichen Versöhnlichkeit vieler Kunstschaffenden auf Du-und-du. Nicht die Abstraktion ins Unverbindliche,



sondern der klare Strich, der gestochene Umriß, die Erkennbarkeit des Gewollten gehörte zu seinen künstlerischen Stilmitteln. Verzerrungen und bildhafte Überspitzungen demaskieren die unter dem Alltäglichen verborgene Unmenschlichkeit. Die bissige, bloßstellende Satire seiner Zeichnungen verraten in gleichem Maße tiefe Menschenkenntnis wie politisch visionäre Vorstellungskraft. Die zeichnerische Reflexion mißlicher gesellschaftlicher Verhältnisse und deren Rückführung auf den Bewußtseinszustand der Menschen ließen A.Paul Weber schon früh zu einem zeichnenden Mahner und Revolutionär des Denkens werden. So geriet er natürlich immer wieder in Gegensatz zur herrschenden Ordnung.

In der Weimarer Zeit wirkte er zunächst als Zeichner und Illustrator an Veröffentlichungen der völkischen Jugendbewegung und der nationalen Opposition mit, bis er 1927 Ernst Niekisch begegnete und dessen nationalrevolutionäres Gedankengut kennenlernte. Damit begann für ihn eine politische Neuorientierung. Bereits 1928 erschienen im von Ernst Niekisch herausgegebenen „Widerstand", der Zeitschrift für nationalrevolutionäre Politik, Zeichnungen von A.Paul Weber, die in unvergleichlicher Klarheit die aufziehende faschistische Gefahr darstellten und das blutige Ende der NS-Barbarei visionär voraussahen. Auch die Drahtzieher und Nutznießer des Kommenden, die Kriegstreiber und Schlotbarone wurden bloßgestellt. Für die 1932 im Widerstandsverlag erschienene Schrift Ernst Niekischs „Hitler, ein deutsches Verhängnis", zeichnete A. Paul Weber die Bilder. Auf der Titelseite wird der Tod als NS-Parteimann dargestellt.

Als nach der Machtübernahme der Nazis eine Terror- und Verhaftungswelle einsetzte, blieb auch der Widerstandskreis um Niekisch, Drexel, Tröger und A. Paul Weber nicht verschont. Die Zeitschrift Widerstand wurde verboten und mußte 1934 ihr Erscheinen einstellen. Ernst Niekisch wurde verhaftet und konnte nach seiner Entlassung bis zu seiner abermaligen Verhaftung 1937 nur illegal tätig sein. Die Werke A. Paul Webers wurden zum Teil bereits 1933 beschlagnahmt oder vernichtet, bis 1937 das Unausweichliche geschah: Verhaftung und Einlieferung in das Zuchthaus Hamburg - Fuhlsbüttel, anschließend Gestapohaft in Berlin und Nürnberg. Nach seiner Entlassung lebte er unter der ständigen Androhung erneuter KZ - Haft, seine Existenzgrundlage war durch Ausstellungs- und Publikationsverbot zerstört. Durch gebrauchsgraphische und technische Zeichnungen konnte er seine siebenköpfige Familie mehr schlecht als recht ernähren. Trotzdem widerstand er allen Versuchen der faschistischen Machthaber, seine Kunst für die NS - Propaganda einzuspannen.

Auch nach dem Krieg ließ A. Paul Weber sich nicht von der nationalrevolutionären Kritik am bestehenden System abbringen. Drohende atomare Verseuchung, Zerstörung unserer Umwelt durch zunehmende Technisierung, Entfremdung der Menschen am Arbeitsplatz, Schnüffelstaat — A. Paul Weber legte seine zeichnenden Finger in die Wunden des kapitalistischen Systems und ließ sich zu keiner Zeit von der glänzenden Fasade der Konsumgesellschaft beirren.

Ernst Niekisch schrieb über den Zweck jeder Kunst: „Weil der Künstler durch seine Werke das Wesen der Wirklichkeit einfach ausspricht, entschleiert er und übt dadurch eine gesellschaftliche Funktion aus.... Indem der Künstler seine enthüllende Aussage macht, wirft er Funken der Revolution in die Herzen. Am Kunstwerk solcher Art entzünden sich die Kräfte des Widerstandes gegen die bedrückende Wirklichkeit. Die Menschen, denen es im Angesicht des Kunstwerks wie Schuppen von den Augen fällt, fangen an, sich gegen das Böse zu wehren. Das Kunstwerk wird zum Born, aus dem Kräfte des Widerstandes geschöpft werden. In all seiner Schweigsamkeit wird das Kunstwerk so zu einer Macht des Widerstandes."

Dieser Widerstandsintention der Kunst blieb A. Paul Weber bis zu seinem Tode verpflichtet.

Beate Neuberger

Leserbriefe

Die Redaktion von WIR SELBST behält sich vor, Leserbriefe gekürzt zu veröffentlichen.

REGIONALISMUS

Die Erwähnung des Bier- und Weißwurstpartikularismus empfinde ich als eine typische preußische Beleidigung und Verleumdung. Derartige Haltungen dienen kaum dazu, die wohl doch berechtigten bayrischen Aversionen gegen die „Preußen" abzubauen. Im Kampf gegen Zentralismus und kulturelle Entwurzelung wird man in Zukunft wohl kaum auf die Unterstützung des Volkes verzichten können, das sich in der BRD in der preußisch-deutschen Geschichte bisher noch am besten gegen die Wegnahme von Rechten, gegen kulturellen Verfall und Germanisierung gewehrt hat. In Altbayern ist es kaum nötig, den Dialekt neu zu beleben, er ist nie gestorben oder aus dem Volksbewußtsein verschwunden. Die bayrische Jugend hat schon vor 10 Jahren begonnen, Folk, Blues, Roch und Rock'N Roll im bayrischen Dialekt zu singen, die bayrische Alternativbewegung hat sich auch in Bayern schon längst als eine neue Kraft manifestiert, auch wenn dies noch nicht bis Südschweden vorgedrungen ist. Im übrigen sind Bier- und Weißwurst bayrische Volksnahrungsmittel, so wie Spätzle in Schwaben und Zwiebelkuchen in Baden. Ich finde es daher nicht sehr gut, wenn eine Minderheit und deren Kultur lächerlich gemacht wird und alte Vorurteile wieder neu aufgewärmt werden, diesmal sogar von „Nationalrevolutionären". Das machen die bundesdeutschen Medien, voran der SPIEGEL viel besser. Es zeugt von wenig Solidarität und Einfühlvermögen, wenn Ihr jetzt auch noch in diese Wunde haut. Die Ostfriesen freuen sich ja schließlich auch nicht über Ostfriesenwitze.

Roman Loimeier, Freiburg

INTERVIEW MIT HORST ACKERMANN

Mit Interesse und großer Aufmerksamkeit habe ich Ihr Interview mit Horst Ackermann, dem ehemaligen KPD/ML -Mitglied gelesen. Ich finde es gut, daß Ackermann heute nicht mehr diesem Stalinistenkreis angehört. Ich habe aber den Verdacht, daß er heute einem anderen dieser Einmannzirkel angehört., die meinen, wenn man schön intellektuell daherschwätzt, die Weisheit mit großen Löffeln gefressen zu haben. Ich finde es daher nicht gut, wenn „wir selbst" sich mit solch dogmatischen Leuten wie dem Politziekel um die Zeitschrift „laser" abgibt. Ich hoffe, daß die „Sache des Volkes" politisch und insbesondere im Bereich der Arbeiterselbstverwaltung mehr zu bieten hat.

Dr. Wilhelm Schäfer, Berlin

ERNST NIEKISCH

Ernst Niekisch, den politischen Berater des Preußen-Generals von Seeckt, als Theoretiker der Weltrevolution darzustellen ist gerade schon nahezu schwachsinnig, so wie diese Zeitschrift für angeblich „Nationale" Identität keinerlei Bezug zur Wirklichkeit hat. Um Schaden von unserem Volke abzuwenden, halte ich die sofortige Einstellung solcher Publikationen für unbedingt notwendig. Um keinerlei Irrtum aufkommen zu lassen, darf ich Sie um Abdruck vorstehender Meinung als Leserbrief in vollem Wortlaut bitten.

Ewald Zipp, Bad Vilbel

WIR SELBST

Bei meinen derzeitigen Gastgebern, welche WIR SELBST abonnieren, lernte ich erstmalig Eure Zeitschrift kennen. Ich bin sehr interessiert, daß bei Euch die Tradition von Ernst Niekischs „Widerstand" wieder aufgenommen wird. Ich selbst rechne mich, zu den grünen Sozialdemokraten noch parteipolitisch organisiert, habe aber mindestens ebensoviel Sympathie zu den Ideen von Ernst Niekisch. Das Erbe von Niekisch fortsetzen ist ein gute Parole. Ich hatte mit ihm selbst seiner Zeit keine Kontakte, jedoch mit August Winnig, der mit ihm zusammen um 1930 eine „altsozialistische Partei" begründet hat.

Johann Ludwig von Eichborn, Minden

Unsere Reihe Nationalrevolutionäre Gespräche werden wir in der kommenden Ausgabe fortsetzen Sven Thomas Frank, Mitglied im Zentralrat der SACHE DES VOLKES (SdV), hat sich bereit erklärt, die politischen und organisatorischen Perspektiven der SdV zu erläutern. Angesichts der politischen Richtungslosigkeit der alternativen Bewegung in der BRD mißt WIR SELBST der klaren programmatischen Selbstdarstellung der verschiedenen NR-Organisationen große Bedeutung bei.

GEGENDARSTELLUNG

Marcus Stefan behauptet in seinem Leserbrief ich, der NEUE Redakteur Lorscheid habe an den angegriffenen WS-Mitarbeiter einen Aufnahmeantrag an die JN gestellt. Dies ist unwahr. Wahr ist vielmehr, daß ich 1978 oder Anfang 1979 einen Bestellcoupon der JN ausgefüllt und Material über JN und NPD bestellt habe. Einen Aufnahmeantrag habe ich zu keiner Zeit an die JN gerichtet.

Helmut Lorscheid, St. Katharinen

Anmerkung der Redaktion: Ungeachtet des Wahrheitsgehaltes obiger Gegendarstellung sind wir auf Grund der Rechtfertigungsklausel des rheinland-pfälzischen Pressegesetzes zur Veröffentlichung obiger „Gegendarstellung" verpflichtet.

Bücher - und Plattenmarkt

ERNST NIEKISCH: *Das Reich der niederen Dämonen, eine Abrechnung mit dem Nationalsozialismus, 320 Seiten, Preis: 19.80 DM*
Bestellnummer: 100

HENNING EICHBERG: *Nationale Identität, Entfremdung und nationale Frage in der Industriegesellschaft, 190 Seiten, Preis: 9.80 DM*
Bestellnummer: 101

JOSEPH E. DREXEL: *Rückkehr unerwünscht, Joseph Drexels „Reise nach Mauthausen" und der nationalrevolutionäre Widerstandskreis Ernst Niekisch, Herausgegeben von Wilhelm Raimund Beyer, 360 Seiten, Preis: 12.80 DM*
Bestellnummer: 102

OTA SIK: *Humane Wirtschaftsdemokratie, ein dritter Weg, Hauptwerk von Ota Sik, 800 Seiten, Preis: 68.00 DM*
Bestellnummer: 103



RUDI DUTSCHKE: *Mein langer Marsch, Reden, Schriften und Tagebücher aus zwanzig Jahren. Herausgegeben von Gretchen Dutschke-Klotz, Helmut Gollwitzer und Jürgen Miermeister, 270 Seiten, Preis: 8.80 DM*
Bestellnummer: 104

OTTO-ERNST SCHÜDDEKOPF: *Nationalbolschewismus in Deutschland (1918 bis 1933), umfassende Darstellung der nationalrevolutionären Bewegung der Weimarer Zeit, 560 Seiten, Preis: 9.80 DM*
Bestellnummer: 105

TILMAN ZÜLCH: *In Auschwitz vergast, bis heute verfolgt, zur Situation der Roma (Zigeuner) in Deutschland und Europa, Herausgegeben von Tilman Zülch für die „Gesellschaft für bedrohte Völker". Vorwort: Ernst Tugendhat. 340 Seiten, Preis: 8.80 DM*
Bestellnummer: 106

WOLFGANG VENOHR: *Brennpunkte deutscher Geschichte, 1450 bis 1850, Mitautor: Friedrich Kabermann, Bildband, 300 Seiten, Preis: 28.00 DM*
Bestellnummer: 107

ERNST NIEKISCH: *Hitler - ein deutsches Verhängnis, Niekischs Abrechnung mit dem deutschen Faschismus, erstmalig 1932 erschienen. Broschüre, kartoniert, Preis: 4,00 DM*
Bestellnummer: 108

HANS J. DEGEN: *Wir wollen keine Sklaven sein, der Aufstand des 17. Juni 1953, Dokumentation des mitteldeutschen Volksaufstandes, Borschüre, kartoniert, Preis: 4.00 DM*
Bestellnummer: 109

MUAMMAR AL-KADHAFI: *Das Grüne Buch, die dritte Universaltheorie Kapitel 1-3, Broschüre, kartoniert, 120 Seiten, Preis: 1.00 DM*
Bestellnummer: 110

ORTOTS: *Die Basken, Vergangenheit und Zukunft eines freien Volkes, 140 Seiten, Preis: 10.00 DM*
Bestellnummer: 111

FREDDY SEGHERS: *Integraler Föderalismus, Volksnationalismus, Ökologie, Pazifismus, Syndikalismus, Emanzipation, Herausgeber: Volksuniejongeren, 160 Seiten, in flämischer Sprache Preis: 20.00 DM*
Bestellnummer: 112

LEO SIEVERS: *Revolution in Deutschland, Geschichte der Bauernkriege, 350 Seiten, Preis: 14.80 DM*
Bestellnummer: 113

WIR SELBST: *Jahrgang 1980, Ausgaben 1-6, in begrenzter Zahl nur noch vorhanden, Preis: DM 14.00*
Bestellnummer: 114

ANTI-ATOMKRAFT-KALENDER 81: *Kalendarium, Anti-AKW-Adressen, Informationsteil, etc.,Preis: 6.00 DM*
Bestellnummer: 115

HENNING EICHBERG: *Minderheit und Mehrheit, am Beispiel Indianer, Iren und ausländische Arbeitnehmer, 120 Seiten, Preis: 18.00 DM*
Bestellnummer: 116

BAUERNLIEDER & LIEDER DER 48er REVOLUTION: *zwei Liederbücher mit progressiven Texten aus der positiven Tradition unseres Volkes, 200 Seiten, Preis: 10.00 DM*
Bestellnummer: 117

WOLFGANG VENOHR: *Dokumente deutschen Daseins, 5oo Jahre deutsche Geschichte von 1445 bis 1945, 320 Seiten, Preis: 28.00 DM*
Bestellnummer: 118

JOCHEN BLASCHKE: *Handbuch der westeuropäischen Regionalbewegungen 350 Seiten, Preis: 29.80 DM*
Bestellnummer: 119

BAUER MAAS: *Lieder gegen Atomenergie, LP mit Stücken von Baier, Mundwerk, Kannmacher u.a. Preis: 21.00 DM*
Bestellnummmer: 200

FRYHEIT: *Lieder aus „Dokumente deutschen Daseins", gespielt von der Gruppe Ougenweide, LP, Preis: 22.00 DM*
Bestellnummer: 201

HANS SCHEIBNER: *Was in Achterndiek in der Nacht geschieht, vom Fischer und sin Fru, Preis: 22.00 DM*
Bestellnummer: 203

JAN & JÜRN: *To Huus, Lieder auf Platt, LP, Preis: DM 19.80*
Bestellnummer: 204

TANZBÄR: *Missethaten, kritische Liedtexte aus mehreren Jahrhunderten, LP, Preis: 19.80 DM*
Bestellnummer: 205

Bestellungen ab 25,- DM + 3,-DM Porto u. Verpackung. Scheck o. p. Nachnahme
Bestellanschrift:
WIR SELBST, Postf. 168-5400 Koblenz



WIR BRAUCHEN HILFE !

WIR SELBST – ZEITSCHRIFT FÜR NATIONALE IDENTITÄT existiert nun ein Jahr. Viel wurde erreicht in diesem Jahr, und wir konnten für unsere nationalerevolutionäre, lternative und nonkonforme Gesamtperspektive viele neue Freunde gewinnen. WIR SELBST hat in der ökologischen Bewegung für heftige Diskusionen gesorgt, WIR SELBST konnte neue Denkanstöße geben, Ideen vermitteln. Die Qualität unserer Zeitschrift wurde ständig verbessert, und die Auflagenentwicklung war positiv. Die ehrenamtliche Tätigkeit aller Mitarbeiter garantierte eine kostengünstige Erstellung der Zeitschrift - und das in einer wohltuend kollegialen Arbeitsatmosphäre. Daß wir noch nicht kostendeckend arbeiten können versteht sich von selbst, die bisher „erwirtschafteten" Verluste hielten sich jedoch in Grenzen und wurden von den Redakteuren aus eigener Tasche ausgeglichen. Gegen Ende des Jahres 1980 traten ERSTE GRÖßERE SCHWIERIGKEITEN auf. Die bisher für uns arbeitende Druckerei konnte oder wollte ihre Terminverpflichtungen nicht mehr einhalten. Die Verzögerung des Drucks um mehr als 4 Wochen zwangen uns zum Abbruch der Geschäftsbeziehung. Die Konzeption des WIR SELBST - Projektes mußte innerhalb kürzester Zeit total umgestellt werden. Eine neue Druckerei wurde gefunden, verschiedene Arbeiten müssen neu delegiert werden. DIE KOSTEN FÜR DIESE UMSTELLUNG SIND ENORM! Aber wir haben den festen Willen, diese Schwierigkeiten zu überwinden. Deshalb bitten wir unsere Leser um Hilfe:

- Werbt neue WIR SELBST-Abonennten!
- Werdet neue Mitglieder im WIR SELBST-Freundeskreis.
  Ihr erhaltet dann pro Ausgabe 10 Hefte WIR SELBST zum Jahresfreundschaftspreis von 120,- DM.
- Werdet Mitarbeiter unserer Zeitschrift, liefert uns Informationen, Artikel, Fotos, organisiert den Vertrieb in eurer Heimatstadt.
- Spendet soviel ihr erübrigen könnt! Gerade jetzt sind wir auf jede Mark angewiesen.
  Spenden, die regelmäßig monatlich bei uns eingehen, helfen uns, langfristig zu planen und geben unserer Arbeit die nötige Sicherheit.
  Bankverbindung: PSCH Ludwigshafen, Kto.-Nr.: 153981 - 679, Siegfried Bublies für Zeitschrift - WIR SELBST)



Der Kauz (Selbstbildnis von A. Paul Weber)